

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 50 Pfennig pro
3gepalte Pefitzzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 11/12 .: 34. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brücken-
straße 10b .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 26. März 1920

Inhalt. Beitragsleistung. — Streiknachrichten. — An unsere Mitglieder! — Die Gegenrevolution. — Das Existenzminimum im Februar 1920. — Weltkrieg und Gewerkschaftsorganisation. — Vierte Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. — Die Pflicht zum Gewerkschaftskampf. — Das Erleben des Kampfes. — Freiheit. — Wford oder Zeitlohn? — Unser Verband im 4. Vierteljahr 1919. — Einsendungen der Verwaltungsstellen im 4. Vierteljahr 1919. — Aus unserem Beruf. — Aus anderen Organisationen. — Korrespondenzen. — Streiks und Lohnbewegungen. — Soziales. — Rundschau. — Sterbefälle. — Anzeigen.

Die für die nächste Nummer bestimmten Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag in Händen der Redaktion sein.

Für die Wochen vom 22. März bis 4. April ist der 12. u. 13. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Jedes Mitglied unseres Verbandes ist verpflichtet, bei Arbeitsannahme in einer anderen Stadt sich bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen. Dieses liegt auch in seinem ureigensten Interesse. Deshalb aufgepaßt!

S o l i n g e n. Die hiesigen Portefeuillefabriken stehen seit sieben Wochen im Kampf.

L a n d s b e r g a. W. Bei der Firma Robertstein stehen die Kollegen im Kampf.

E l b i n g. In den Konnick-Werken steht die gesamte Arbeiterschaft, darunter auch die Sattlerwerkstatt, im Kampf.

H a l b e r s t a d t. In den beiden Wagenfabriken L. Masche und W. Thielemann haben unsere Kollegen wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages die Arbeit eingestellt.

An unsere Mitglieder!

Infolge des Generalstreiks erscheint Nr. 11 und 12 unserer Zeitung zusammen. Der Verbandstag in Halle konnte nicht stattfinden und wird in der Osterwoche abgehalten werden. Seit dem 14. März ist bis heute, am 22. März, keinerlei Post bei uns eingegangen und bitten wir daher, jede Reklamation zu unterlassen, bis das Wirtschafts- und Verkehrsleben in die gewohnten Geleise eingelaufen ist, worüber noch einige Tage vergehen werden.

Berlin, am 22. März 1920.

Der Vorstand: F. Blum.

Die Gegenrevolution.

Wiederum hat ein schwerer Eingriff das ganze wirtschaftliche Leben Deutschlands länger als eine Woche stillgelegt. Die Konterrevolution der Rapp und Rüttwig führte zu einem machtvollen Gegenschlag des gesamten Proletariats, wie er bisher in Deutschland noch nicht erlebt wurde. Revolutionen und Generalstreiks können nicht gemacht werden, sondern sie brechen plötzlich wie ein Vulkan aus. Als am Sonnabend, den 13. März, durch den Rutsch der Reaktion die Regierung in Berlin in andere Hände übergegangen war und der Republik die allergrößte Gefahr drohte, griff der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund ein und stellte sich an die Spitze des Kampfes. Durch den vorgeannten Bund in Gemeinschaft mit der Afa (Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände) sowie des Deutschen Beamtenbundes wurde der Generalstreik proklamiert und stand am Montag Deutschland still.

Die Rappregierung schien aber bereits am Sonntag, den 14. März, sich schon der Tatsache bewußt, daß sie keinen Boden unter den Füßen hatte. Sie suchte bereits an diesem Tage mit dem Gewerkschaftsbund in Fühlung zu kommen, nebenbei gesagt eine bodenlose Forderung. Aus taktischen Gründen zögerte der Gewerkschaftsbund mit der Antwort bis Dienstagmittag, die folgendermaßen lautete:

Auf die heutige telephonische Anfrage aus der Reichskanzlei, ob der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit dort in Verhandlung treten will, haben wir zu erklären:

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes kann nur mit einer auf Grund der Verfassung durch das deutsche Volk eingesetzten Regierung verhandeln.

Die Rappregierung mußte abziehen und daraufhin erklärte der Vizekanzler Schiffer den Generalstreik für beendet, weil das Ziel, die Rettung der Republik, erreicht sei. Dadurch entstand nun ein Durcheinander, das dazu führte, daß einzelne Züge in Berlin fuhren.

Auch hier setzte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund ein und am Freitag stand der Generalstreik fester als je, trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, die dem Nachrichtendienst entgegenstanden. Daraufhin stellten nun die Gewerkschaften ihre Forderungen auf, die zu langen und schwierigen Verhandlungen mit der Regierung führten. Schließlich siegte auch bei der Regierung die Vernunft, worauf die Gewerkschaften folgende Kundgebung beschloffen:

Kundgebung.

An alle Arbeiter, Angestellten und Beamten!

Die Vertreterkonferenz der am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten erklärt, daß sie von den durch ihren Verhandlungsausschuß mit den Fraktionsvertretern der Regierungsparteien erzielten Vereinbarungen zwar nicht restlos befriedigt ist, ihnen

aber gleichwohl zustimmt und hiermit den Generalstreik mit dem heutigen Tage als beendet erklärt.

Berlin, den 20. März 1920, morgens 7.05 Uhr.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

C. Legien.

Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.

S. Aufhäuser.

Deutscher Beamtenbund.

Rugler. Scherff.

Das Ergebnis der Verhandlungen über Beendigung des Generalstreiks.

Die im preußischen Staatsministerium am Nachmittag des 19. März aufgenommenen und bis zum heutigen Tage morgens 5 Uhr fortgesetzten Verhandlungen zwischen den Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände und des Deutschen Beamtenbundes, sowie der Berliner Gewerkschaftskommission einerseits und Vertretern der Reichs- und Staatsministerien, sowie der drei Regierungsparteien andererseits, haben zu nachstehenden Vereinbarungen geführt:

1. Die anwesenden Vertreter der Regierungsparteien werden bei ihren Fraktionen dafür eintreten, daß bei der bevorstehenden Neubildung der Regierungen im Reich und in Preußen die Personenfrage von den Parteien nach Verständigung mit dem am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gelöst und daß diesen Organisationen ein entscheidender Einfluß auf die Neuordnung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze eingeräumt wird, unter Wahrung der Rechte der Volksvertretung.

2. Sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller am Rutsch oder am Sturz der Verfassungsmäßigen Regierungen schuldigen, sowie der Beamten, die sich ungeseligen Regierungen zur Verfügung gestellt haben.

3. Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von gegenrevolutionären Persönlichkeiten, besonders solchen in leitenden Stellen und ihren Ersatz durch zuverlässige Kräfte. Wiedereinstellung aller in öffentlichen Diensten aus politischen und gewerkschaftlichen Gründen gemäßigten Organisationsvertretern.

4. Schnellste Durchführung der Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage unter Mitbestimmung auch der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

5. Sofortiger Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten. Schnellige Einführung eines freibleibigen Beamtenrechts.

6. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der Vertreter der Berufsverbände hinzuzuziehen sind. Die Einberufung der Sozialisierungskommission erfolgt sofort. Übernahme des Kohlen- und des Kalihandels durch das Reich.

7. Auflösung aller der Verfassung nicht treugebliebenen konterrevolutionären militärischen Formationen und ihre Ersetzung durch Formationen aus den Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, ohne Zurücksetzung irgend-

eines Standes. Bei dieser Reorganisation bleiben erworbene Rechtsansprüche treugebliebener Truppen und Sicherheitsmehreun unangetastet.

8. Wirksame Erfassung, gegebenenfalls Enteignung der verfügbaren Lebensmittel und verstärkte Bekämpfung des Wuchers und Schiebertums in Land und Stadt. Sicherung der Erfüllung der Ablieferungsverpflichtung durch Gründung von Lieferungsverbänden und Verhängung fühlbarer Strafen bei böswilliger Verletzung der Verpflichtung.

Im übrigen wird mitgeteilt, daß die Minister Moske und Seime ihr Abschiedsgesuch bereits eingereicht haben.

Ferner erklärten sich die Vertreter der Regierungsparteien bereit, in ihren Fraktionen auf unverzügliche Aufhebung der Schutzhaft der in ihr Befindlichen zu dringen.

Mit wichtigen Schlägen hat das arbeitende Volk Deutschlands, insbesondere das Berlins den monarchistischen Putsch niedergeschlagen und die republikanische Freiheit gerettet. Darüber hinaus sicherte sich die organisierte Arbeiterschaft weitgehenden Einfluß auf die Neugestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und schuf Garantien für die Verhütung gegenrevolutionärer Erfolge.

Glänzend hat sich in diesem Kampfe die Organisation des arbeitenden Volkes bewährt. Sie muß und wird auch in Zukunft unser stärkstes Bollwerk sein.

Der Vorstand
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
E. Legien.

Aus diesen Vorgängen ist mit einer ziemlichen Klarheit zu erkennen, daß unsere Gewerkschaften sich der Situation gewachsen zeigten. Inwieweit Folgerungen auf die Zukunft gezogen werden können, läßt sich zur Stunde nicht absehen. Wer aber die vereinbarten Thesen mit Ruhe durchliest, kann sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß unsere wirtschaftlichen Organisationen auf die politische Gestaltung Deutschlands und seiner Parteien einen entscheidenden Einfluß erreicht haben und ihn zu nützen wissen.

Das Existenzminimum im Februar 1920.

Von Dr. R. Kuczynski,
Direktor des Statistischen Amtes, Berlin-Schöneberg.

Die Kosten der Lebenshaltung sind im Februar infolge der Preiserhöhungen für Brot, Zucker, Milch, Fett, Kohlen usw. abermals gestiegen. In Groß-Berlin z. B. kostet jetzt Brot fünfmal soviel wie vor dem Kriege, Zucker und Gas sechsmal soviel, Briketts siebenmal soviel, Milch neunmal soviel, Kartoffeln zehnmal soviel, Butter und Margarine zwölffach soviel. Bei zahlreichen Waren, die dem freien Handel überlassen sind, ist die Preissteigerung noch größer. Eier z. B. sind 25mal so teuer wie vor sechs Jahren. Noch größer ist die Steigerung für Fett im Schleichhandel. Beschränkt man sich auf die rationierten Mengen, so ergibt sich im ganzen eine Verteuerung auf das Siebenfache. In den zwei Wochen vom 9. bis 22. Februar wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Febr. 1920	Preis Febr. 1914
8800 g Brot	480	93
425 g Teigwaren	102	34
575 g Nahrungsmittel	228	25
200 g Ackerbohnen	80	8
4000 g Kartoffeln	200	20
500 g Fleisch	597	85
40 g Butter	136	11
140 g Margarine	266	22
375 g Zucker	105	18
250 g Fruchtmas	150	15
	2944	331

Dieselben rationierten Mengen für die man jetzt 23,44 Mk. zahlen muß, konnte man vor sechs Jahren für 3,31 Mk. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochendurchschnitt nur etwa 10 150 Kalorien, d. h. knapp soviel, wie ein Kind von fünf bis zehn Jahren benötigt. Immerhin wird man bei äußerster Einschränkung das Existenzminimum der Ernährung eines solchen Kindes in Groß-

Berlin auf 12 Mk. ansetzen können. Eine Frau braucht etwa $7 \times 2400 = 16\ 800$ Kalorien. Sie müßte zu den rationierten Mengen noch Lebensmittel im Nährwert von $16\ 800 - 10\ 150 = 6650$ Kalorien hinzukaufen. Das könnte sie billigst tun, indem sie sich $1\frac{1}{2}$ Pfund Hafersflocken für 4,30 Mk., 1 Pfund Erbsen für 4,50 Mk., 10 Pfund Gemüße für 2,20 Mk., 1 Pfund Marmelade für 3,70 Mk., $\frac{1}{2}$ Pfund Salzheringe für 1,40 Mk. verschafft. Ihr wöchentlicher Mindestbedarf für Nahrungsmittel würde also etwa 28 Mark kosten. Ein Mann benötigt wöchentlich etwa $7 \times 3000 = 21\ 000$ Kalorien. Die 4200 Kalorien, die er mehr braucht als eine Frau, könnte er sich zuführen in Form von noch $\frac{1}{2}$ Pfund Salzheringen für 1,40 Mk., $\frac{1}{2}$ Pfund Reis für 4,50 Mk., $2\frac{1}{2}$ Pfund Obst für 3,50 Mk., $\frac{1}{2}$ Pfund Margarine für 9,50 Mk., 1 Pfund Quark für 3 Mk. Sein wöchentlicher Mindestbedarf für Nahrungsmittel würde also etwa 50 Mk. kosten. Eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern von fünf bis zehn Jahren würde mit 102 Mk. wöchentlich für Nahrung auskommen.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas (was alles für den Alleinstehenden reichlich ist, aber durch seine hier nicht berücksichtigten Mehrausgaben im Wirtschaftshaus aufgewogen wird), so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 8 Mk., für Heizung 8,70 Mk., für Beleuchtung 4,50 Mk.

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 35 Mark, Frau 23 Mk., Kind 12 Mk.

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgeld, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 25 Prozent machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für den Februar 1920 in Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung	50	78	102
Wohnung	8	8	8
Heizung, Beleuchtung	13	13	13
Bekleidung	35	58	82
Sonstiges	27	39	51
	133	196	256

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst für einen alleinstehenden Mann 22 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 33 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von fünf bis zehn Jahren 43 Mk. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 6950 Mark, für das kinderlose Ehepaar 10 200 Mk., für das Ehepaar mit zwei Kindern 13 350 Mk.

Wie hoch war nun das entsprechende Existenzminimum vor dem Kriege? Die hier für Kind, Frau und Mann in Ansatz gebrachten Nahrungsmittel kosteten im Februar 1914 etwa 1,75 Mk. (Kind), 3,50 Mk. (Frau), 5,25 Mk. (Mann). Eine solche schematische Berechnung wäre aber nur dann zulässig, wenn die Lebensmittel schon vor dem Kriege rationiert, und wenn die Preise gleichmäßig gestiegen wären. Da beides nicht der Fall ist, konnte man das Existenzminimum an Nahrung vor sechs Jahren viel billiger decken. Will man selbst für die 10 500 Kalorien, die das Kind wöchentlich benötigt, in Anlehnung an die obige Berechnung, für den Februar 1914 eine Mindestausgabe von 1,75 Mk. zugrunde legen, so konnte sich doch der Mann die 10 500 Kalorien, die er darüber hinaus benötigte, z. B. in Form von 2 Pfund Brot (24 Pf.), 10 Schrippen (25 Pf.), 4 Pfund Kartoffeln (10 Pf.), $\frac{1}{2}$ Pfund Reis (11 Pf.), $\frac{1}{2}$ Pfund Zucker (12 Pf.), $\frac{1}{2}$ Pfund Schmalz (38 Pf.), $\frac{1}{2}$ Pfund Schweinefleisch (45 Pf.) für insgesamt 1,65 Mk. zuführen. Er hätte also damals für eine ebenso auskömmliche Kost, wie er sie heute für 50 Mk. erhält, höchstens 3,50 Mk., d. h. den 14. Teil zu zahlen brauchen. Bei der Bekleidung sind die Unterschiede etwa ebenso

groß; geringer sind sie bei Heizung und Beleuchtung, am geringsten bei der Wohnung. Im ganzen stellte sich das Existenzminimum in Groß-Berlin für den Februar 1914:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung	3,50	6,30	9,80
Wohnung	5,50	5,50	5,50
Heizung, Beleuchtung	1,90	1,90	1,90
Bekleidung	2,50	4,15	5,85
Sonstiges	3,35	4,45	5,75
	16,75	22,30	28,80

Vom Februar 1914 bis zum Februar 1920 wäre somit das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 Mk. auf 133 Mk., d. h. auf das 7,9fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 Mk. auf 196 Mk., d. h. auf das 8,8fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 Mark auf 256 Mk., d. h. auf 8,9fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt noch etwa 12 Pf. wert.

Weltkrieg und Gewerkschaftsorganisation.

In der Jahrtausende zurückliegenden Urzeit war es einzig und allein die größere Einzelkraft, die brutale Einzelgewalt, die sich die Macht über die schwächeren Mitgeschöpfe verschaffte. So war es in der Tierwelt und selbstverständlich auch unter den Menschen. Die letzteren verstanden es kraft ihres überragenden Instinkts allerdings sehr bald, die Einzelkraft bei diesen brutalen Vergewaltigungskämpfen nicht allein entscheiden zu lassen, sie schlossen sich zu Gemeinschaften zusammen, bearbeiteten Schutz- und Trutzbindnisse, drückten auf diese Weise den überragenden, beherrschenden Einfluß des einzelnen herab und kämpften mit der durch ihre vielfältige Zahl verstärkten Kraft gegen ihre Gegner.

Dieser urzeitliche Zustand war das erste primitive Zeichen von Organisationsstreben, jener Kraft, die die einzelnen Glieder eines Organismus auf das eine Ziel einstellt und durch verstärkten Nachdruck zu erreichen sucht. Immerhin lag schon damals in solchen Massenäußerungen das anerkannte Bewußtsein von der bedingten Ohnmacht des einzelnen, auch wenn er noch so stark ist, und der Kraft der durch Organisation zusammengeschlossenen Masse. Und diese Idee hat seit den Tagen der Menschheit ihren Siegeszug durch die Welt angetreten, ihre Tendenz war immer, der Kraft des Gegners stets eine möglichst noch stärkere Macht entgegenzustellen. Im politischen Leben der Völker entstanden Staaten und Staatengemeinschaften und die größte Koalition in dieser Richtung war wohl der sechsen abgeschlossene Weltkrieg, bei dem es jeder der Parteien darauf ankam, immer neue Kräfte, neue Völker und deren Machtmittel auf ihre Seite zu ziehen, um schließlich als stärkste den Kampf zu ihren Gunsten zu entscheiden.

Befolgt man die Geschichte, so ergibt sich, daß die Macht der Organisation von den geistig höherstehenden Schichten immer zuerst erkannt und propagiert wurde, einzig zu dem Zwecke, damit den eigenen egoistischen Zwecken zu dienen. Bei allen Organisationsbestrebungen der Menschheit waren bis in die neuere Zeit die Arbeiter nur Objekte des Organisationslebens, d. h. sie wurden benutzt — und der Militarismus ist hierfür das sprechende Beispiel —, um für die Interessen anderer Schichten ihre Knochen aufs Spiel zu setzen. Erst in der neueren Zeit erlebten wir eine planmäßige Massenorganisation der Arbeiterkraft, um deren eigene Zwecke und Ziele durchzusetzen, sie betrat als selbständige politische Partei die Kampfzavenna und in wirtschaftlicher Richtung vereinte sie die Arbeiter zu Gewerkschaftsorganisationen.

Es war schwer und hält auch heute noch in vereinzelten Fällen schwer, die Arbeiterkraft von der Notwendigkeit dieser Organisationen zu überzeugen. Ihre Gegner leisteten das Menschenmögliche, um dies Bestreben zu verunglimpfen und die Arbeiter, die ja immer nur als Objekte von Organisationen zugunsten anderer Interessenschichten benutzt und ausgebeutet wurden, waren noch zu schwerfällig, um den Zweck der Organisation um ihrer selbst willen sofort zu begreifen. Und so sehen wir, daß es großer Opfer und vieler Ueberredungskünfte bedurfte, um den Arbeitern endlich den Zweck der Organisation ihres eigenen Vorteils halber begreiflich zu machen. In der letzten Zeit sehen wir aber ein rapides Anwachsen der Gewerkschaftsziffern und dies führt uns zu der Annahme, daß es neben der natürlichen Ueberzeugungskraft des Organisationsgedankens der — Weltkrieg war, der, so unheilvoll und zerstörend

sonst gewirkt hat, immerhin auch dem Proletariern die Macht der Organisation in noch nie dagewesener Weise demonstriert hat. Dieser Weltkrieg hat gezeigt, daß Organisation Macht bedeutet und daß in ihm jene Macht ausschlaggebend war, die über die größte Zahl Köpfe und damit über die größere Summe von Strafmitteln verfügte. Schon während des Krieges konnte man oft von Arbeitern hören, daß sie erst jetzt richtig erkannt hätten, was Organisation bedeutet und daß sie nach der Rückkehr aus dem Felde alles daransetzen wollten, diese Organisationsidee, die selbst beim Massenmord ungeahnte Triumphe gefeiert, auch der Arbeiterchaft beim Wirtschaftskampfe nutzbar zu machen . . .

So hat — so absurd es klingt — der Weltkrieg dennoch etwas Nützliches gezeitigt. Was vielen Ueberzeugungsschwankenden nicht gelungen, das hat er ad oculos demonstriert: Die Macht der Organisation! Vor der Durchschlagkraft seiner Argumente sind sogar die trefflichen Zahlenergebnisse verbläßt, die alljährlich durch die oberste deutsche Gewerkschaftsleitung veröffentlicht worden sind und statistisch die Erfolge der Gewerkschaftsorganisationen, sei es bei Erringung höherer Löhne, sei es bei der Verkürzung der Arbeitszeit oder der Beseitigung von Betriebsmishandlungen, in trockenen, unwiderleglichen Zahlen nachweisen. Erst der verheerende Weltkrieg lenkte die Massen mit voller Wucht zum Bewußtsein der Organisationsmacht.

Wir sind weit davon entfernt, den Weltkrieg allein als Ursache des riesigen Anwachsens der Gewerkschaften im vergangenen Jahre zu erkennen. Wir geben gern zu, daß auch die Revolution und deren Begleiterscheinungen einen starken Anstoß dazu gegeben haben. Viele hätten sich gern schon früher organisiert, sind aber damals durch den Machtbruch der organisierten reaktionären Staatsmacht und des damals vielfach noch übermächtigen organisierten Unternehmertums davon zurückgehalten worden. Zum anderen Teil ist es die wachsende Machtidee des Proletariats, die zur Organisation drängt. Jedenfalls aber unterliegt keinem Zweifel, daß auch der große Zerstörer Weltkrieg durch seine eindringliche Lehre als Organisationsförderer gewirkt hat.

Wir sprachen soeben von der wachsenden Machtidee der Arbeiterkraft. Hierzu zum Schluß noch einige Worte. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Machtidee sich vielfach heute in robusten Formen äußert, ja, manchmal auch deshalb manchen Schaden gebracht hat. Deshalb kopfschüttelnd zu werden, haben wir keine Ursache. Streben wir vielmehr danach, dieser Machtidee, die heute vielfach gleich einem rauschenden Bergstrom hemmungslos über seine Ufer stößt, Ziel und gefunden Sinn zu geben. Erziehen wir diese Machtidee zu ruhiger, zielbewusster Kraftäußerung und umkleiden wir ihrem Kern mit Sittlichkeit!

Wir stehen am Beginn einer neuen Zeitepoche. Wir sehen den Anfang des Verfalls der kapitalistischen Macht und aus dem Chaos, das das Alte hinterlassen, sprießt das Bäumchen des vollendeten Gemeinschaftslebens, des aufbauenden Sozialismus. Pflegen wir dieses Bäumchen mit aller Liebe, erheben wir die

Die Pflicht zum Gewerkschaftskampfe.

Viele unserer Arbeitsbrüder sind uns zu Kampfgenossen geworden in unserem Gewerkschaftskampfe. Wertvoll ist uns ihre Mitgliedschaft. Nur die Stärke bringt den Sieg. Macht steht heute gegen Macht, und der triumphiert, der die größte Macht hinter sich hat. Und darum gehört zur Macht auch das Ringen um Macht, der starke Drang, an Macht zu wachsen. Und das zeigt uns, daß die Mitgliedschaft uns nicht allein genügt. Nur der ist in vollem Werte ein Mitglied des Kampfverbandes, der zur Macht drängt, der ringt, daß die Macht des Verbandes auch zur triumphierenden Macht werde. Das ist die große gewerkschaftliche Treue, die da drängt und seht und kämpft für den gewerkschaftlichen Kampfverband.

Und dazu ist notwendig, daß der gewerkschaftliche Gedanke nicht nur im Hirn seinen Sitz hat, sondern auch im Herzen. Das ist die große, gewaltige Macht, deren Wurzeln aus dem Herzen heraus das Leben saugen und den Kampfesmut und den Sieg. Alles wahrhaft Große erwächst nur aus dem Herzen. Mit einer heiligen Liebe muß der einzelne sich hineinzuverwerfen suchen in die Idee seines Kampfes, diese Idee, die ihm und allen Brüdern die Arbeitsfreiheit erkämpfen will. Solche Glut, die zündet, die entflammt auch den Kältesten, die schmiebelt alle zusammen zur innigsten Einheit.

Ein erhabenes sittliches Glück erstrebt der gewerkschaftliche Kampf. Wie kann es denn anders sein, als daß ein proletarisches Herz da nicht in den tiefsten Tiefen aufgerüttelt wird, wenn es sich versenkt in diese Idee des Bruderglücks. Warm wird jeder im Kampfe, voll heiligen Feuers, wenn er nur erst einmal der Kampf begonnen, die Luft gekostet, das Glück des freudigen Strebens gefühlt hat. Und darum sollten so viele, die heute noch abseits vom lebendigen Wege des frohen Strebens zur Sonne

sittliche Machtidee des Lebens zu unserem Leitstern, dann wird es wiederum die Organisation sein, die die Menschheit zu höchster Vollendung erhebt im strahlenden Morgenrot der vollendeten Volksgemeinschaft!

Vierte Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Am 24. bis 27. Februar trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu einer viertägigen Konferenz zusammen. Einleitend gedachte der Vorsitzende Regien in kurzen Worten der Verdienste des verstorbenen Vorsitzenden des Deutschen Holzarbeiterverbandes, A. Neumann, dessen Andenken der Ausschuß in üblicher Weise ehrte.

An erster Stelle standen zur Verhandlung das Betriebsrätegesetz, die Betriebsrätewahlen und die Schaffung einer Betriebsräte-Zeitung. Ueber die Anwendung des Gesetzes auf die besonderen Verhältnisse der Bauarbeiter, Hafenbetriebe, Binnen-schiffer und Hausgewerbetreibenden wurden einige Fragen gestellt, die das Mitglied der Nationalversammlung G. Müller beantwortete. Danach kommt für Bau- und für Hafenbetriebe die Ausnahme des § 62 in Betracht, sofern ein für allgemein rechtsverbindlich erklärter Tarifvertrag besteht. Für die Hausgewerbetreibenden gilt die Ausnahmevorschrift des § 3, während für die Binnen- und Seeschifffahrt ein besonderes Gesetz erlassen werden soll. Grafmann berichtete namens des Bundesvorstandes, daß auf dem vom Textilarbeiterverband nach Leipzig einberufenen Betriebsrätekongreß die überwiegende Meinung dahingehend zum Ausdruck gebracht wurde, die Betriebsrätewahlen und die Tätigkeit der Betriebsräte in gewerkschaftlichem Rahmen zu halten. Die vom Bundesvorstand vorgelegten Richtlinien zu den Betriebsrätewahlen führten zu einer längeren Aussprache, in der der Vertreter des Metallarbeiterverbandes Ditzmann die Beschlüsse des Verbandsbeirats bekämpfte. Nach diesen Beschlüssen sollten die Wahlen rein gewerkschaftlich, unter Ausschluß politischer Einflüsse, durchgeführt werden. Die Mandatanten müßten indes auf dem Boden der Beschlüsse des Stuttgarter Verbandstages stehen und sich zum Nichtritt verpflichten, wenn die Mehrzahl ihrer Wähler oder die Organisation dies verlangen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Richtlinien des Bundesvorstandes für einheitliche Wahlpläne die Anerkennung der Beschlüsse des Nürnberger Gewerkschaftskongresses verlangen und daß zwischen diesen und den Beschlüssen des Metallarbeiterverbandstags in den Fragen des Räte-systems und der Arbeitsgemeinschaften ein Gegensatz bestehe. Die Arbeitsgemeinschaften hätten mit den Betriebsräte-wahlen nicht das Mindeste zu tun und seien völlig widerwärtig hineingezogen worden. Ditzmann hielt indes an seinem Beiratsstandpunkt fest, so daß eine Verständigung hierüber und über die Anerkennung

sicher, beginnen! Dann dringt der Geist des Ringens von selber ein in die Tiefe und macht voll Sonne das Herz und voll Seele der Kampf und voll Glück das Leben. Dann fühlt der Kämpfer schon heute einen Hauch jenes kommenden neuen Menschentums: daß Glück nur möglich ist in der ringenden Brudergemeinschaft, die die Herzen all der Glieder mit Seele, Leben, Liebe erfüllt.

Das Erleben des Kampfes.

Leben heißt kämpfen, und kämpfen heißt glücklich sein. Tausende und aber Tausende in unseren Reihen haben das immer wieder in ihrer eigenen Brust gefühlt. Sie haben den gewerkschaftlichen Gedanken in sich erlebt, und darum wurden sie so reich und so groß als Kämpfer.

Wer nur durch das Mitgliedsbuch mit seiner Organisation verbunden ist, der kennt noch nicht dieses wahre, große Glück, das da geborgen ist in dieser Mitgliedschaft. Leben heißt kämpfen. Wer da mitten darin steht in seiner Kampf-gemeinschaft, durch sie die Zukunft zu erringen, der fühlt, was es heißt: Mensch zu sein.

Vollmensch heißt Kampfmensch sein. Mit seinem ganzen Herzen durch die Tat der gewerkschaftlichen Organisation die Treue wahren, das ist das Glück. Immer auf dem Posten zu sein, wenn es heißt für den Verband zu wirken, das ist Entwicklungsfreude. Immer nur gusehen, wie durch der anderen Hilfe der Verband wächst, wie er durch der anderen Hilfe immer gewaltiger wird als schützende Macht, das ist vegetieren. Da fehlt das Leben, das lachende Leben, das immer neue, immer höhere und schönere Ziele sieht.

Auch der abseits Sitzende mag glauben, zufrieden zu sein und das Glück zu besitzen: Er möchte nur

der Richtlinien mit ihm nicht möglich war. In dieser Aussprache wurde auch über den Konflikt im Berliner Ortsausschuß berichtet. Die Richtlinien wurden schließlich gegen 3 Stimmen angenommen und für alle Gewerkschaften als verbindlich erklärt. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, diese Richtlinien dem Vorstand des Berliner Ortsausschusses zur Kenntnis zu bringen mit dem Hinweis, daß nach diesen vom Bundesausschuß beschlossenen Grundrissen zu verfahren sei, und mit ihm über die Aufhebung des entgegenstehenden Berliner Beschlusses zu verhandeln.

Weiterhin wurde die Einführung einer Betriebsräte-Zeitung, zunächst monatlich, beschlossen. Dieselbe soll von dem Gewerkschaften für ihre Betriebsräte bis zum Jahreschlusse 1920 auf Verbandskosten bezogen werden. Vor Jahresablauf ist zu prüfen, ob die Einführung des Abonnements möglich ist. Die Herausgabe wurde dem Bundesvorstand übertragen.

Auf Antrag des Verbandes der Bäcker und Konditoren verhandelte der Bundesausschuß über die Anerkennung einer gelben Bäckerorganisation als Tarifkontrahent seitens des Reichsarbeitsministeriums. Der Bundesausschuß präziserte seine Meinung in der Erklärung, daß die Anerkennung einer gelben Organisation als Tarifkontrahent nicht zulässig sei und daß auch das Abkommen zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden die Anerkennung gelber Organisationen ausschließe. Wenn das Reichsarbeitsministerium seinen Standpunkt in dieser Frage aufrechterhalte, so sei eine ernste Störung des Verhältnisses zwischen ihm und den Gewerkschaften zu befürchten. In diesem Sinne soll mit dem Reichsarbeitsministerium verhandelt werden. Ein weiterer Konflikt des Zentralverbands der Angestellten wandte sich gegen die Anerkennung eines Verbands leitender Angestellten seitens des Reichsarbeitsministeriums. Auch in diesem Fall soll mit letzterem verhandelt werden.

Die Frage der Technischen Nothilfe war bereits in der dritten Ausschußsitzung im Dezember v. J. beraten worden, aber nicht zur Erledigung gelangt. Eine vom Bundesvorstand vorgelegte Resolution behandelt die Technische Nothilfe unter dem Gesichtswinkel als Folge mangelnder Disziplin in der gewerkschaftlichen Streikführung, die sich erübrige, wenn die Gewerkschaften selbst die volle Gewähr für eine geordnete Streikführung unter Verantwortlichkeit der allgemeinen Lebensinteressen des Volkes übernehmen. Die Resolution verpflichtet die Gewerkschaften, bei Streiks in lebenswichtigen Betrieben alle Maßnahmen zu treffen, um die Betriebe gegen Zerstörung zu schützen und die allgemeinen Lebensinteressen des Volkes zu wahren. Erst dann, wenn der Einfluß der Gewerkschaften versagt, dürfe die Technische Nothilfe in Anspruch genommen werden. Der Ausschuß in seiner überwiegenden Mehrheit hatte aber starke Bedenken, eine Anerkennung der Technischen Nothilfe auch nur in dieser bedingten Form zuzulassen, da ihr Auftreten in Arbeiterkreisen meist als Streikbruch empfunden werde. Darüber

mal einen Funken verspüren von dem Feuer des Gemeinschaftssehns, und er wird sich arm, so arm vorzukommen und mit streben und mit kämpfen mit den anderen. Und um so woiniger und wärmer und um so mehr wird von Seele erfüllt die neue Arbeitswelt, je mehr Kämpfer sie erstreben, wahre, warme, lebendige Träger der Idee des Gewerkschaftskampfes.

Freiheit.

Werden ist die Welt, und jedes Wesen ist eine Stätte, in der sich regt dieser ewige Werdenstrieb. Leben! spricht es in jedem Wesen. Leben! in allen Menschen. Freiheit! in den entwickeltsten, denn nur Freiheit ist ihnen Leben.

Und je stärker dieser Freiheitsdrang, um so mehr wird er dem Menschen zum Zwange. Er muß frei sein; er will. Das ist die föhliche Freiheit, die da nicht anders kann, als frei zu sein und zur Freiheit zu streben. Ich kann nicht anders. Das ist das Freiheitsdrängen der Persönlichkeit.

Ich kann nicht anders. Solch ein Freiheits-erleben ringt und drängt mit allen Herzensjahren nach Entfaltung. Ich kann nicht anders. Solch ein Freiheitssehnen schäumt über das eigene Ich hinaus ins Leben. Es quillt und sprubelt und viel zu eng ist ihm das kleine Ich. Ueberströmen muß dieses Große, Lebendige. Auch in den anderen will es leben. Die ganze Welt ist sein Reich.

Ich kann nicht anders. Nicht nur ich, auch ihr, ihr Brüder alle, ihr sollt frei sein. Kampf! Mit euch, ihr Brüder, gemeinsam vorwärts! Das ist der Freiheitszwang der Persönlichkeit. Ich sein heißt Bruder sein. Frei sein heißt freies Brudertum. Und der Gemeinschaftskampf solch freier Brüder bedeutet Sieg. G. S.

kommen auch die Gewerkschaften nicht hinweg. Eine vom Bundesauschuß eingesetzte Kommission arbeitete die nachstehende Resolution aus, die der Stellungnahme der Mehrheit entspricht. Sie wurde gegen 9 Stimmen angenommen:

„Die Organisation der Technischen Nothilfe bedeutet eine ernste Gefahr für den gewerkschaftlichen Kampf. Wenn sie auch errichtet sein mag in dem Bestreben, lediglich den gemeingefährlichen Auswüchsen wilder Streiks entgegenzutreten, so bildet sie doch nach ihrer Natur und der Art ihrer Organisation eine ständige Bedrohung auch der berechtigten gewerkschaftlichen Streiks.“

Indem der Bundesauschuß die Technische Nothilfe verwirft, erkennt er gleichwohl an, daß die Lebensinteressen der Allgemeinheit gegen Angriffe durch sinnlose Streiks geschützt werden müssen. Die mutwillige Zerstörung von Produktionsmitteln, sei es direkt oder durch Unterlassen resp. Verhindern von Notstandsarbeiten, wird als Kampfmittel von den Gewerkschaften verworfen.

Streiks sowohl wie Aussperrungen in Gewerben von besonderer volkswirtschaftlicher Bedeutung enthalten eine Gefahr für das Wirtschaftsleben und das Wohl der Arbeiterklasse oder einzelne Arbeitergruppen. Zur Vermeidung solcher Streiks und Aussperrungen ist es die Pflicht der öffentlichen und privaten Arbeitgeber, das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten rücksichtslos anzuerkennen, mit den in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnisse rechtzeitig zu vereinbaren und für sachgemäße Durchführung zu sorgen. Die Gewerkschaften sind sich ihrer Verantwortung gegenüber den Allgemeininteressen bewußt und halten es für selbstverständlich, daß in solchen Betrieben Arbeitseinstellungen nicht erfolgen, bevor alle Schlichtungsmöglichkeiten erschöpft sind und die zuständigen Gewerkschaftsleitungen ihre Zustimmung zum Streik erteilt haben.

Die Gewerkschaften erklären, daß sie bereit und in der Lage sind, den notwendigen Schutz der Allgemeininteressen gegen bewerkschaftliche Streikaustritte selber zu übernehmen, gegebenenfalls durch die Aufforderung an die Mitglieder, durch wilde Streikbewegungen erforderlich werdende Nothilfeaktionen auszuführen. Mit dieser Erklärung verbindet der Bundesauschuß den Appell an die deutschen Arbeiter und Angestellten, strengste gewerkschaftliche Disziplin zu üben und den Aufforderungen unverantwortlicher und von der Gewerkschaft nicht beauftragter Personen zu wilden Streiks und sinnlosen Zerstörungsaaktionen energischen Widerstand zu leisten.“

Darauf erstattete der Bundesvorstand Bericht über die Gründung der Deutschen Konomie-Gesellschaft m. b. H., die den Zweck hat, die skandinavischen Gewerkschaftskredite für die deutsche Rohstoffversorgung nutzbar zu machen. Die Gesellschaft besteht aus dem Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Legien, dem Syndikus des Verbandes sächsischer Textilindustrieller Nothjohann-Chemnitz und dem Bankier O. Ischberg als Vertrauensmann der schwedischen Gewerkschaften. Sie vermittelt zunächst ausländische Textilrohstoffe für die deutsche Textilindustrie im Einvernehmen mit dem Deutschen Textilarbeiterverband. Ihr Geschäftsbetrieb befindet sich in Berlin, Unter den Linden 68a.

Eine eingehende Aussprache knüpfte sich an die Frage, ob die fortwährenden Schwankungen der Lebensunterhaltungskosten die Einführung gleitender Lohnskalen auf Grund statistischer Indexfeststellungen rechtfertigen. Es haben bezügliche Verhandlungen bereits im Reichsarbeitsministerium stattgefunden, die indes zu keinem Abschluß gelangt sind. In Gewerkschaftskreisen bestehen noch starke Bedenken dagegen, ob befriedigende statistische Unterlagen so schnell zu beschaffen sind. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, für diese Frage eine Studienkommission einzusetzen, die einer späteren Ausschusssitzung Bericht erstaten soll.

Auf Einladung des Bundesauschusses hielt der Reichswirtschaftsminister N. Schmidt einen Vortrag über unsere gegenwärtige Wirtschaftslage. Er legte die Umstände dar, die die Regierung zur Festsetzung von Mindestpreisen für Getreide und Kartoffeln veranlaßten und schilderte die Schwierigkeiten, mit denen unsere Lebensmittelförderung fortgesetzt zu kämpfen habe. Die neuen Preiserhöhungen würden natürlich auch andere Preiserhöhungen nach sich ziehen und zu weiteren Lohnerhöhungen nötigen. Eine automatische Lohnregelung sei in dieser Situation sehr erwünscht. Die allgemeine Wirtschaftslage sei abhängig von der Beschaffung von Rohen und Rohstoffen. Die Vereinbarungen mit den Bergarbeiterverbänden haben eine erhöhte Kohlenförderung sichergestellt. Die Ausdehnung des Kohlenbergbaus werde durch Herstellung neuer Wohnungen kräftig gefördert. Die Einfuhr ausländischer Rohstoffe litte unter der schlechten Valuta. Doch seien Schritte unternommen, um Rohstoffe gegen Wiederausführung ihres Wertes

in Fertigwaren einzuführen. Die Ausfuhr werde nach Kräften gefördert. Um eine Ausaufhebung Deutschlands zu niedrigen Preisen zu verhindern, seien im Einvernehmen mit der Zentralarbeitsgemeinschaft Außenhandelsstellen errichtet worden, die eine strenge Kontrolle der Preise ausüben. Die Einfuhr überflüssiger Luxuswaren sei zu verhindern, gehalte sich aber wegen des Locks im Westen höchst schwierig. Doch sei ein Geis gegen unbequeme Einfuhr in Vorbereitung. Die Gesamtlage sei gewiß juchbar. Doch habe er noch das Vertrauen zur Kraft des deutschen Volkes, sich aus seinem Glend wieder herauszuarbeiten.

Eine Aussprache über diesen Vortrag fand am vierten Konferenztag statt. Wissell fand die Darlegungen des Ministers zu optimistisch und erhob gegen die Regierung den Vorwurf, daß sie trampfhaft an der Zwangswirtschaft festhält und veräumt habe, rechtzeitig durch Organisation der Erzeuger und Verbraucher die Verhältnisse umzugestalten. Ohne Planwirtschaft trieben wir rettungslos der Katastrophe entgegen. Für die Lederwirtschaft verteidigte Maehler die Freigabe, die der Industrie Rohstoffe und Aufträge und den Arbeitern Arbeit und Verdienst verschafft habe. Hensel forderte eine Freigabe der Fleischversorgung, da die Schwarzschlachtereier überhandnehme. Er wies auf eine bezügliche Eingabe des Fleischerverbandes hin. Tarnow behandelte die Mißstände in der Holzversorgung, die einer strengen Regelung bedürften, und verlangte die Einziehung eines möglichst hohen Anteils der Valutagewinne. Thomas polemisierte gegen die Freigabe der Lederwirtschaft, die auch durch Blum (Sattler) verteidigt wurde. Ueber die Textilwirtschaft sprach Jäckel, über die Ausfuhrregelung Cohen. Der Wirtschaftsminister Schmidt ging in längeren Ausführungen auf die erhobenen Klagen und Vorwürfe ein. Er schilderte die Widerstände, die dem Reichswirtschaftsministerium nicht bloß von den Erzeugern und Verbrauchern, sondern auch von Behörden und sogar von den Gliedstaaten gemacht würden, und gegen die er einen aufreibenden Kampf führen müsse. Im Gegensatz zu Wissell beharrte er auf dem Standpunkt, daß die gegenwärtige Wirtschaftsnot nicht ein Organisationsproblem, sondern eine Frage der Rohlen- und Rohstoffbeschaffung sei. Nur praktische Politik bringe die Wirtschaft wieder in Gang, wie eine Reihe von Industrien erkennen lassen. Wissell vertret demgegenüber erneut die Notwendigkeit einer planmäßigen Organisation aller Wirtschaftsbeteiligten.

Der Bundesauschuß ließ es bei dieser Aussprache bewenden in der Ueberzeugung, daß eine Resolution die Schwierigkeiten nicht beheben könne.

Die oberstschlesischen Gewissen haben seit Eintritt der Besetzung ihres Gebietes durch die Entermächte ein deutsches Gewerkschaftsblatt ins Leben gerufen, um auch bei Ausschluß der deutschen Gewerkschaftsblätter ihre gewerkschaftlichen Interessen ausreichend wahren zu können. Der Bundesauschuß erklärte sein Einverständnis mit diesem Vorhaben und beauftragte den Bundesvorstand, die nötigen Mittel für das Blatt zur Verfügung zu stellen.

Die passive Resistenz hatte auf dem vorjährigen Schiffszimmererverbandstag zu längeren Auseinandersetzungen geführt und war bei dem Bundesauschuß anhängig gemacht worden. Es waren grobe Ausschreitungen gegen die gewerkschaftlichen Grundzüge zur Kenntnis gebracht worden, die allgemein mißbilligt wurden. Eine vom Bundesvorstand zu dieser Angelegenheit vorgelegte Resolution wurde nach stattgefundener Aussprache als erledigt betrachtet und zurückgezogen.

Der Ausschuß hielt es für erforderlich, daß in Weiterführung der Arbeiten der Kommission zur Prüfung der Lehrlingsfrage die Regierung ersucht wird, eine Notverordnung zur Regelung der Lehrlingsverhältnisse zu bringen.

Auf Antrag eines Verbandsvorstandes wurde die Art der Beitragsanrechnung bei Uebertritten von einer Organisation zur anderen infolge Berufswechsels besprochen. Die Angelegenheit wurde bis zur nächsten Ausschusssitzung zurückgestellt, damit zunächst die Vorstände darüber beraten und Vorschläge zu einer einheitlichen Regelung bringen können.

Angewagt wurde, einheitliche Mitgliedsbücher für alle dem Bund angeschlossenen Verbände zu schaffen, sowie die Mitgliedsbücher der Ueberretrenden aufzubewahren zur Wiederbenutzung bei einem etwaigen späteren Rücktritt in die alte Organisation.

Beschlossen wurde gegen 2 Stimmen, das Vertragsverhältnis der dem Bund angeschlossenen Verbände für Uebertritte beim Berufswechsel auch auf das Verhältnis zu den der „Ufa“ angeschlossenen Angestelltenverbänden zu übertragen.

Mit der Neugestaltung des Verhältnisses zu den der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände angeschlossenen Organisations-

nen soll sich eine vom Bundesvorstand einzusetzende Kommission befassen.

Der Ortsauschuß Gera hat den Bundesauschuß ersucht, die Frage der Bezahlung von Wochenfeiertagen, bzw. deren Vereinfachung zu prüfen. Das Letztere wird abgelehnt. Eine einheitliche Auffassung ist in der Frage der Bezahlung der Wochenfeiertage unter den Vorständen nicht vorhanden. Die Mehrzahl der Vertreter ist der Meinung, daß die Bezahlung angestrebt werden soll.

Eine Beschwerde des Fabrikarbeiterverbandes gegen die Unterstützung von nicht genehmigten Streiks wurde durch einstimmige Annahme des folgenden Beschlusses erledigt:

„Die Ortsauschüsse werden erneut auf die Satzungen des A. D. G. B. hingewiesen, in deren § 58 es heißt:

„Den Ortsauschüssen ist es nicht gestattet, selbständig in die Aufgaben der Zentralverbände eingzugreifen, insbesondere nicht in das Gebiet der Lohnbewegungen. Die Beschlußfassung über Streiks unterliegt nicht der Zuständigkeit der Ortsauschüsse.“

Mit Rücksicht auf Vorkommnisse in den letzten Monaten beschließt der Bundesauschuß: Lohnbewegungen und Streiks, die über die Köpfe der zentralen Instanzen hinweg von den Ortsauschüssen angefaßt werden, sind in keinem Falle zu unterstützen. Die Gewerkschaften verpflichten sich gegenseitig, diesen Beschluß unter allen Umständen durchzuführen, um zu verhindern, daß die Tarifvertragspolitik der Verbände durchkreuzt wird.“

Auf Antrag des Angestelltenauschusses beim Bundesvorstand hatte die Gehaltskommission sich mit der Frage der Gewährung weiterer Teuerungszulagen und einiger Verkehungen in eine höhere Gehaltsklasse zu befassen. Die Vorschläge der Kommission wurden einstimmig angenommen. Dabei sprach der Bundesauschuß den Wunsch aus, daß auch seitens der angeschlossenen Gewerkschaften die Gehälter der Angestellten den Teuerungszulagen entsprechend aufgebessert werden, da die Uebersticht über die in den Gewerkschaften gezahlten Gehälter erkennen lassen, daß in manchen Gewerkschaften die Gehälter doch noch recht zurückstehen.

Hinsichtlich der Arbeitslosenfürsorge für Kurzarbeiter soll erneut mit dem Reichsarbeitsministerium verhandelt werden, eine beschleunigte Regelung auf der Grundlage herbeizuführen, daß der Unfall vom Reich, vom Arbeitgeber und von dem betroffenen Arbeitnehmer zu gleichen Teilen getragen werde.

Für Zuschüsse zur Unterstützung von Volkshochschulbestrebungen wurde dem Bundesvorstand eine Summe von 10 000 Mk. zur Verfügung gestellt.

Dem Anschluß des Verbandes der Köche (Sitz Berlin, 6000 Mitglieder) an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wurde zugestimmt. Weitere Anschließträge wurden zurückgestellt.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund umfaßt gegenwärtig in 54 Organisationen über 7,5 Millionen Mitglieder.

Akkord oder Zeitlohn?

In Nr. 46 unserer Zeitung, Jahrgang 1919, weist unsere Redaktion auf einen interessanten Artikel hin, der in der nächsten Zeit über die Frage der Akkordarbeit erscheinen sollte. Man durfte nach diesem Hinweis immerhin einigermaßen gespannt sein auf das, was kommen würde. Nun hat unser Redakteur kritisch und kommentarlos den Artikel von Richard Wolbt aus der „Neuen Zeit“ übernommen und damit den dort präzisierten Standpunkt als den jeinigen gekennzeichnet, ein — wie gleich im voraus gesagt sein möge — allerdings unhaltbarer Standpunkt.

Kollege Blum hat sich in Nürnberg sowohl wie in einigen Artikeln in der letzten Zeit mit Eifer gegen die neuerdings den Gewerkschaften zugestromten kritischen Waffen gewandt und will die neueintretenden Mitglieder zu kritisch veranlagten, nüchtern denkenden Kämpfern erzogen wissen, die sich in allen Lebenslagen selbst ein Urteil zu bilden wissen. Wir will es scheinen, als ob durch die Art und Weise, wie hier derartige Artikel von der Redaktion kritisch übernommen werden, dieser angestrebte Prozeß nicht jonderlich gefördert würde.

Doch zur Sache selbst. Unbeschwert von allem praktischen Formelkram sagt Richard Wolbt am Schluß seines Artikels: Wir müssen wieder zum Akkordsystem auf der ganzen Linie zurückkehren, der jetzige Zeitlohn ist nicht selten eine Prämie auf die Arbeitsunlust. . . .

Ich glaube ruhig sagen zu dürfen, mit diesem Artikel ist der Arbeiterschaft ein Bärendienst geleistet worden. Die „Neue Zeit“ hat sich in ihren letzten Nummern verschiedentlich mit der Frage der Akkord-

arbeit befaßt. So unter anderem Dr. Ludwig Quessel in Nr. 16 und 17.

Quessel bemüht sich in längeren Ausführungen ebenfalls um den Nachweis, daß das Affordsystem unter entscheidender Mitwirkung der Arbeiterchraft das Ideal aller Entlohnungsformen sei.

Er geht sogar soweit zu sagen: "... Das Dogma, daß Affordarbeit Morarbeit sei, kann durch die Schaffung von Betriebsräten sehr wohl jede Bedeutung verlieren. Eine Aussprache mit Gewerkschaftsführern, die der Verfall dieses Aufjasses unlängst hatte, ergab als Resultat zwar einerseits eine allgemeine Abneigung gegen die Affordarbeit bei den bestehenden Zuständen, andererseits aber auch den zurechtfindlichen Glauben, daß es beim Affordsystem sehr viel leichter sein werde, die Arbeiterchraft zur Leistung von Affordarbeit im Interesse der Hebung der Produktivität der Arbeit zu veranlassen.

Sieh da, sieh da. Also hier in der Gesellschaft der dreimal vergrößerten Volkswirtschaft, die ja in Rußland unter der Herrschaft des Affordsystems die Affordarbeit auch wieder eingeführt haben, auch zu dem Zweck, die Produktivität der Arbeit zu heben, allerdings im ausgeprochensten Interesse der Arbeiterklasse, der Allgemeinheit, und nicht wie bei uns in Deutschland, im Interesse einer Profitwirtschaft, die nichts nach dem Wohl und Wehe der Gesamtheit des Volkes fragt, sondern deren oberster Gott der gefüllte Geldsack ist. Am Schluß des angezogenen Artikels meint dann Dr. Quessel, daß es nicht unterlassen werden dürfe, auf den tariflich geregelten Stücklohn als ein Mittel zur Erhöhung des Jahreseinkommens der Arbeiter und zur Hebung des allgemeinen Wohlstandes der Massen eindringlichst hinzuweisen.

Was hat es nun mit der Frage des tariflich geregelten Stücklohns auf sich? Quessel sucht an Beispielen aus England die Richtigkeit seiner Theorie über die tariflich geregelten Stücklöhne zu beweisen. Doch wozu in die Ferne schweifen. Wir brauchen uns ja bloß in unserem eigenen Verufe umzuwenden, um die Sinnlosigkeit derartiger Theorien zu erkennen, die von allem anderen als praktischer Erfahrung zeugen.

Wir hatten ja in der burgfriedlichen Kriegszeit die tariflich geregelte Stücklohnarbeit, und manchem Kollegen wird das Grauen ankommen, wenn er daran zurückdenkt. Ich will vorerst nur mal auf das Zwischenmeisterstufen hinweisen, welches sich breitgemacht hatte und dem auch die Bestimmungen des Tarifs nicht das Lebenslicht auszublasen vermochten, welches die sonderbarsten Blüten zeitigte. Was bedeutete demgegenüber die eifrige Arbeit aller Verbandsfunktionäre, wenn es hier und dort gelang, derartigen Ausbeutern das Handwerk zu legen, wenn auf der anderen Seite Ungezähnte frei ausgingen. Eine Schlipfkarbeit.

Ich will weiter nicht davon reden, mit welchen Schwierigkeiten die Kollegen zu kämpfen hatten, um die Einhaltung der Stücklohnsätze zu erreichen. Eine Tatsache verlohnt sich doch hervorzuheben zu werden: Die Einwirkung der Affordarbeit auf die Solidarität der Kollegenschaft. Ich glaube, auch hier hätten wir genügend Erfahrungen gesammelt und erkannt, daß das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Kollegen nicht gestärkt worden ist unter dem Affordsystem. Es dürfte doch wohl keinem Zweifel unterliegen, in welchem Maße die persönlichen Eigenschaften des Individuums ausschlaggebend sind bei der Affordarbeit. Wir alle kennen die Paradeperle, die ohne Rücksicht auf sich und ihre Familie und ebenfalls auf ihre Mitarbeiter geschuftet und gewöhnt haben. Deren Arbeitszeit und Verdienst waren maßgebend bei der Festsetzung der Stückpreise, zum Schaden des Gros der Kollegenschaft.

Der individuell Schwächere war der Leidtragende, er mußte, wollte er auf derselben Höhe bleiben, sich übermäßig anstrengen, zum Schaden seiner Gesundheit. Wenn irgendwo, so traf hier das Wort Karl Marx' zu, der in seinem "Kapital" in der Abhandlung über den Stücklohn sagt: "Die Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital veranlaßt sie hier vermittle der Ausbeutung des Arbeiters durch den Arbeiter." Wenn auch der Zusammenhang, in dem Marx diese Worte ausführt, dort ein anderer ist, so ändert dies jedoch nichts daran, daß dieses Wort nicht besser zutrifft als hier. Der eigene Arbeitskollege wurde zum Antreiber, der eigene Kollege gab dem Unternehmer Mittel in die Hand, auch den Schwächeren intensiver auszubeuten.

Am weiteren Verlauf seines Artikels schreibt nun Woldt: "Schwarz auf Weiß geht aus den Kalkulationen der Unternehmer hervor, daß mit solch geringen Arbeitsleistungen einfach der Betrieb nicht mehr aufrecht zu erhalten ist. Die Preisberechnungen machen es unmöglich, Aufträge zu erhalten. Das betreffende Werk wird von der Konkurrenz geschlagen usw." Eine ungeheuerliche Behauptung!

Sehen wir uns demgegenüber einmal an, was Mit. Osterroth, M. d. N., in der "Neuen Zeit" vom 19. Dezember 1919 in seinem Artikel "Profit- oder Bedarfswirtschaft" sagt. Er schreibt dort u. a.:

"Unsere ganze Wirtschaft wird erschüttert durch diese Preispolitik, die leider auch nicht unterbunden werden konnte durch die Preiskontrolle des Reiches, weil diesem und seinen Organen die Nachprüfung der Selbstkosten ganz unmöglich ist. Die Stahlwerksverbände sind die besseren Rechenkünster und sie haben noch immer die Macht, ihren Willen auf die eine oder andere Art durchzusetzen." Fürwahr, eine vernichtende Kritik unserer heutigen Politik, der man nichts hinzuzusetzen braucht.

Er zeigt jedoch weiter an der Hand von Statistiken, in welchem Maße der Unternehmerprofit auch heute noch steigt. So wurden zum Beispiel nach jenem Artikel im Jahre 1910 die Börsenpapiere von 15 der größten Hochöfen- und Stahlwerke Deutschlands an der Börse mit 173 Proz. notiert gegen 207 Prozent im September 1919.

Osterroth sagt weiter zu dieser Tatsache: "Also schon vor der letzten Preissteigerung standen die Papiere der 15 größten Stahlwerke um 45 Proz. höher als sogar am Schluß des Jahres 1918, das doch ein recht flottes Kriegsgewinnlerjahr war. Besonders zu beachten ist aber, daß die Preise im September 1919 immer noch um 44 Proz. höher standen als im Durchschnitt der letzten fünf Friedensjahre. Die heute um 50 Proz. niedrigere Erzeugung wirkt daher eine bedeutend höhere Verzinsung der Anlagekapitalien ab als die volle Friedensherzeugung."

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Osterroth in der Zementindustrie. Trotzdem die Produktion dort auf 20 Proz. der Friedensherzeugung zurückgegangen ist, werden riesige Dividenden herausgeschüttelt. Trotzdem Löhne und Unkosten in keinem Verhältnis stehen zu den Zementpreisen, ist dieje auf das Zehnfache gestiegen. Der Profit ist glänzend. Osterroth jagt darüber folgendes:

"Die Durchschnittsdividende von 20 an der Berliner Börse zugelassener Zementpapieren sind folgende: 1909: 7,2 Proz., 1913: 8,8 Proz., 1914: 4,5 Prozent, 1916: 2,7 Proz., 1917: 8,4 Proz., 1918: 10,3 Proz."

Zu diesen Feststellungen sagt er weiter: "Bei einer Produktionsmenge von etwa einem Fünftel der Friedensherzeugung bringt das Jahr 1918 also die höchste Dividende. Das ist der Segen der kapitalistischen Monopolwirtschaft. Das Volk zahlt die Beute. Was wir hier sehen, ist eine Profitwirtschaft in Reinkultur, die eine Verewigung der Kriegsgewinne anstrebt unter Außerachtlassung der wichtigsten Lebensinteressen des deutschen Volkes und seiner Wirtschaft."

Welch ein Kontrast. Diefem Beispiel gegenüber betrachte man die Ausführungen eines Woldt, um diese Ungeheuerlichkeiten in ihrer ganzen Tragweite zu ermessen. Und es ist unverantwortlich, derartige Artikel dann sang- und klanglos in unser Organ aufzunehmen.

Aber man kann es ja letzten Endes verstehen, wenn man auch in den Kreisen unserer führenden Kollegen derartigen Ausführungen das Wort redet. Ist man doch ebenfalls mit befangen im Bannkreis derartiger Ideen. Ist man doch auch in den Kreisen unserer führenden Kollegen letzten Endes ebenfalls mit der Meinung, wir lebten schon am Anfang jener Ordnung, der unser ganzes Sehnen gilt, wo wir doch heute weiter denn je davon entfernt sind.

Nur die Arbeit kann uns retten, arbeitet und schafft Werte, so halt es jetzt in allen Tonarten. Nur die Arbeit kann uns retten, so schreit man und meint damit den Profit.

Ich will zum Schluß kommen, nachdem ich etwas ausführlich geworden bin, aber die Reichhaltigkeit und Wichtigkeit der Materie nötigte mich dazu.

Eines möchte ich als Rezipie meiner Ausführungen festgehalten wissen. Wo es irgend möglich ist, mit der Stückarbeit aufzuräumen, muß dies geschehen. Allen Versuchen, dort, wo abgeschafft, dieselbe wieder einzuführen, muß der geschlossene Widerstand der Arbeiterchraft entgegengesetzt werden. Der Stücklohn, wo fest eingeführt, ist eines der größten Gemeinnisse der geschlossenen einheitlichen Aktion der Arbeiterchraft und bedeutet letzten Endes eine schwere Schwächung der wirtschaftlichen Kraft der Arbeiterklasse.

Es mag sein, daß es der Arbeiterchraft hier und dort durch ihre Geschlossenheit gelingt, Auswüchse der Affordarbeit zu beseitigen, aber, um mit Osterroth zu sprechen, der Kapitalist wird immer noch die Macht haben, auf die eine oder andere Art seinen Willen durchzusetzen". Der Kampf gegen die Affordarbeit wird ein Kampf gegen ein vielköpfiges Ungeheuer sein, der nur dann zum Siege führen wird, wenn der kapitalistischen Profitwirtschaft, in der letzten Endes auch die Affordarbeit in ihrer heutigen Art begründet ist, der Todesstoß versetzt wird und wir zu einer Wirtschaftsform kommen werden, in der nicht der Profit des einzelnen, sondern das Interesse der Gesamtheit oberstes Gesetz ist, und das ist der Sozialismus.

J. D a s e d e, Leipzig.

Unser Verband im 4. Vierteljahr 1919.

Auch im letzten Vierteljahr hat der Verband eine weitere Zunahme von Mitgliedern erfahren. Sieht man genauer zu, so ärgern einem fast die Zahlen. Wenn man weiß, welche Mühe und Fleiß seitens der Funktionäre darauf verwendet wird, dem Verband wiederum ein neues Mitglied zuzuführen und wenn dann schon im Vierteljahr eine ansehnliche Zahl Ausnahmen gemacht wurden und die Debetseite wieder das Meiste des Gewinnes als Verlust buchen muß, so ist dieses entmutigend. Im vorliegenden Vierteljahr wurden 1701 Männer und 1146 Frauen neu aufgenommen. An Anmeldungen und Uebertritten war ein Zugang von 1055 Personen, insgesamt eine Zunahme von 3902 Personen, die wirkliche Zunahme beträgt aber nur 1356. Also zwei Drittel sind wieder gestrichen.

Die Beitragsleistung ist im 4. Vierteljahr allerdings recht gut. An männlichen Beiträgen wurden 179 466 Mk. und an weiblichen Beiträgen 26 504 Mk. aufgebracht. Dieses bedeutet gegenüber dem dritten Vierteljahr eine Steigerung um 43 538 Mk. Eine Erklärung hierfür liegt einmal in der 53. Beitragswoche und in der Nachzahlung bzw. der Einholung der Restbeiträge. Aus der Einnahme der Verwaltungsstellen wurden der Hauptkasse 201 169 Mk. zugeführt und an die Ortsverwaltungen wurden 37 900 Mk. Zuschüsse geleistet. Die Arbeitslosenunterstützung ist auch im letzten Vierteljahr bedeutend zurückgegangen und betrug die Ausgabe hierfür 11 547 Mk.; an Kranke wurden 5013 Mk. gezahlt. Von den sonstigen Ausgaben der Hauptkasse fallen noch die Streifkosten, welche 45 252 Mk. betragen erheblich ins Gewicht, außerdem 2500 Mk. für Lohnbewegungen. Die scharfe Maßnahme mit dem Einzug der Restbeiträge kam lediglich dem Verbandsvermögen zu statten und wurde ein Ueberchuß von 51 400 Mk. erzielt.

Einsendungen der Verwaltungsstellen im 4. Vierteljahr 1919.

- Altenburg 63,40, Apolda 127,20, Allenstein 291,50, Ansbach 125,90, Aachen 879,15, Arnstadt 261,90, Augsburg 500, Bad Sachsa 29,35, Bamberg 312,47, Bayreuth 850, Bayreuth 190, Beilich 450,70, Berlin 26 681,08, Bielefeld 2300,70, Bonn 351,95, Bochum 148,50, Brandenburg 679,85, Braunschweig 195,15, Bremen 700, Bitterfeld 275,82, Breslau 3095, Brieg 23,40, Cottbus 130,30, Chemnitz 1150, Cöthen 60,70 Danzig 515,10, Düren 268,50, Dessau 281,40, Dresden 4600, Duisburg 102,60, Dortmund 250, Düsseldorf 1000, Eisenben 100, Ebersfeld 2392,07, Elbing 205,55, Erfurt 1057,20, Erlangen 500, Eßen 895, Friedland 60, Finsterwalde 73,60, Frankfurt 3121,15, Freiberg 695,25, Fürstentum 335,70, Glauchau 252,45, Gleiwitz 303,40, Gera (Reuß) 400, Gera (Gotha) 407, Gelsenkirchen 195,20, Glogau 574,20, Gröben 347,65, Gröben 2200, Güttnow 176,59, Hagen 150, Gießen 94,80, Halle 792, Halberstadt 97,10, Hamburg 1639,98, Hannover 2750, Hameln 157,35, Hainau 267,84, Guben 83,80, Heilbronn 331,15, Heilsbad 102,80, Hildesheim 126,05, Hof 200, Gummersbach 211,30, Gunstig 506,30, Jena 300,45, Jüterborg 120,50, Kaiserlautern 347,80, Karlsruhe 591,50, Kassel 2095,30, Kiel 454,95, Köln 2251,15, Konstantz 898,50, Köslin 50,25, Kuppenheim 1108, Koburg 487,50, Königsberg 800, Lengsfeld 100, Leipzig 4211,75, Liegnitz 399,80, Landsberg 174,32, Magdeburg 1500, Mainz 985,63, Mannheim 892,50, Lübeck 136,89, Pappstadt 510, Mühlhausen 850, Müllrose 137,90, Müstter 328,45, Mühlheim (Ruhr) 361,60, München 2931, Meerane 669, Niederschlema 147,20, Nürnberg 2798,45, Oberneufkirch 328,35, Offenbach 22 081,83, Oßchatz 126,50, Oßchersleben 198,54, Osnabrück 180,25, Pegau 136,21, Penig 180,80, Potsdam 279,20, Rathenow 206,15, Remscheid 150, Reutlingen 200, Rostock 190,40, Rothenburg 281,75, Rochlitz 84, Rüsselsheim 821, Regensburg 138,60, Solingen 1035,35, Stettin 1245,50, Straßund 229,20, Stolp 284,30, Striegau 187,30, Stuttgart 5427 63, Uetersen 151,60, Ulm 1037,65, Varel 164,90, Waldbroel 385,60, Werda 182,75, Würzburg 349,48, Wernigerode 60,65, Wismar 260, Witten 76,15, Zeitz 1139,83, Zerbst 29, Rossen 16,90, Zwickau 791,50 Mk.

An erübrigten Beitragsstellen:

- Augsburg 23,10, Beilich 41,75, Bielefeld 46,77, Bochum 10,25, Brieg 0,60, Cöthen 6,70, Cottbus 14,60, Dessau 4,30, Düren 7,40, Eßen 10,30, Frankfurt 159,12, Fürstentum 4,80, Gießen 15,80, Glogau 0,48, Greifswald 10,80, Guben 11,80, Halberstadt 5,50, Hameln 6,32, Jüterborg 7,20, Konstantz 13,35, Kuppenheim 4,55, Landsberg 11,45, Mühlhausen 0,97, Müllrose 21,10, Müstter 6,19, Niederschlema 13,95, Oberneufkirch 8,35, Oßchatz 1,90, Penig 8,76, Potsdam 14,20, Regensburg 10,30, Rochlitz 5,73, Rüsselsheim 24,36, Striegau 9,20, Waldbroel 13,98, Wismar 11,50 Mk.

Aus unserem Beruf.

Frankfurt a. M. Ein Arbeitsjubiläum! Mit dem 9. März war der Kollege Karl Müller, Frankfurt a. M., ohne Unterbrechung 30 Jahre bei der hiesigen Firma L. Sachs (Koffersachs) beschäftigt und während dieser Zeit nur einmal eine Woche durch Krankheit ferngehalten vom Berufe. Die Kollegen gratulieren ihm herzlich zu diesem Jubiläum und wünschen ihm weitere 30 Jahre in besser Gesundheit. Kollege Müller steht heute im 52. Lebensjahre.

Reichstarif für die Lederreißriemenfabriken Deutschlands. Die Zentralbranchenkommission hat das Lohnabkommen per 31. März genehmigt und folgende Forderungen gestellt: für gelernte Sattler über 20 Jahre Grundlohn 2,25 Mk., für Sattler unter 20 Jahren und Hilfsarbeiter über 20 Jahre 2 Mk., für Hilfsarbeiter über 17 bis 20 Jahre 1,75 Mk. Hierzu kommen die bisherigen Zuschläge von 50, 35, 25, 15 und 5 Proz. in den verschiedenen Ortsklassen und eine Teuerungszulage von 100 Proz. in allen Ortsklassen. Die Sitzung des Tarifamts, welche für den 26. März vorgesehen war, wird infolge des Generalstreiks verlagert.

Kündigung der Zuschläge im Reichstarif der Lederwarenindustrie. Auf Beschluß des Verbandsvorstandes wurden die Zuschläge prompt zum 29. Februar gekündigt. In der Hand des eingelagerten Materials hat der Vorstand folgende Forderung dem Tarifamt unterbreitet: Die Teuerungszuschläge sollen ab 1. April betragen: in der Sonderklasse 200, in der 1. Klasse 185, in der 2. Klasse 170, in der 3. Klasse 150 und in der 4. Klasse 130 Proz. Forderungen auf Aenderung der Ortszuschläge wurden nicht an das Tarifamt gestellt und hatte auch die Arbeitsgemeinschaft sich in diesem Sinne entschieden. Die Verhandlungen, welche Ende des Monats in Offenbach stattfinden sollten, werden infolge des Generalstreiks verlagert.

Reichstarifverhandlungen für die handwerklich betriebenen Sattlereien. Nachdem am 2. März eine Vorbesprechung mit der Bundesleitung der deutschen Sattlereinnungen vorausgegangen war, erfolgten laut Vereinbarung am 12. März in unserem Verbandsbureau die offiziellen Verhandlungen, an denen einige Meister aus der Provinz und die Kollegen Busch, Drexelius, Sohns, Gottschalk, Hoffmann, Nibel und Blum teilnahmen. Der Vertrag wurde in seinem Wortlaut festgelegt und wird dem Verbandstage in Halle unterbreitet werden. Die Bundesleitung hat zum 7. April eine größere Anzahl Meister zu einer Tagung berufen, die auch Stellung zum endgültigen Abschluß nehmen soll. Der Vertrag soll dann ab 1. April gelten. Die Lohnsätze sind gegenüber der gemachten Vorlage fast unverändert angenommen worden. Die Einteilung der Orte in die betreffenden Ortsklassen erfolgt später. Die Ortsvereine erhalten in der nächsten Woche eine Abschrift des vereinbarten Vertrages.

Die Lederwarenindustrie im Jahre 1919. Hierüber schreibt „Luzus und Bedarf“: Die Lederwarenindustrie hatte für die Berichtperiode durchweg ein lebhaftes Geschäft zu verzeichnen, das einen größeren Umsatz gebracht hat als 1918. Meist überstieg die Nachfrage die Lieferungsvermögen. Namentlich war Qualitätsware gesucht, besonders von seiten des Auslandes (Holland, Dänemark, Skandinavien), während stellenweise die deutsche Kundenschaft zurückhaltender war. Im ganzen waren für seine Lederwaren wieder gute Arbeitskräfte vorhanden, in einem Falle wird allerdings über Mangel an geeigneten Arbeitskräften geklagt. Teilweise litt das Geschäft in den ersten Monaten des Jahres durch Arbeiterbewegungen. Trotz dem Rohmaterialmangel konnten die Betriebe meist aufrechterhalten werden. Hier und da machten sich Verfehrstörungen fühlbar. Die Materialbeschaffung gestaltete sich vielfach schwierig; nach Aufhebung der Leuzerwangswirtschaft war die Belieferung mit Leder durchweg zufriedenstellend, die freie Wirtschaft wird trotz den gestiegenen Preisen als der einzig gangbare Weg zur Gesundung der Verhältnisse bezeichnet. Die Lederpreise sind so gestiegen, daß die Verarbeitung von Rindleder für Koffer z. T. vollständig aufgegeben wurde und wieder zu Ersatz gegriffen wird. Schwierig war auch in der Kofferfabrikation die Beschaffung von Beschlägen und Schließern, ferner von Futterstoffen sowie Gegenständen zur Inneneinrichtung von Reiseartikeln. Die Zahlungsweise der Kundenschaft war im ganzen ziemlich prompt, nicht so günstig aus dem Auslande, wie überhaupt der Verkehr mit dem Auslande (England) verschiedentlich als recht schwierig geschildert wird. Die Fabrikationschwierigkeiten sind oft dermaßen gestiegen, daß eine gesunde Kalkulation im voraus nicht mehr möglich ist. Dazu kommt die starke Kapitalbeanspruchung, so daß die Fabrikanten mit einem kurzfristigen Eingang der Außenstände rechnen müssen. Die Aussichten für 1920 werden bezüglich

des Exports als gut bezeichnet. Auf das Inlandsgeschäft dürften die hohen Preise, Zugsteuer und allgemeine Belastung lähmend wirken.

Ueber die Wiener Portefeullesindustrie schreibt die „Einigkeit“ wie folgt:

„Es gab eine Zeit, da übte Wien eine starke Zugkraft auf ausländische, speziell deutsche Leder-galanteriearbeiter aus. Wien, gewissermaßen die Metropole der Lederwarenherzeugung, beherbergte immer eine Reihe von ausländischen Kollegen, die sich hier auszubilden, um die erworbenen Kenntnisse in ihrer Heimat zu verwerten. Es gab aber auch eine Reihe deutscher Arbeiter, die sich in Wien ständig niederließen und hier selbständig wurden und Firmen guten Namens gründeten. Ein Franzose war es, der als der eigentliche Gründer der Wiener Lederwarenindustrie anzusehen ist.“

Soweit nun die Unternehmer sich mit ihren Erzeugnissen über die einstigen Grenzen Oesterreich-Ungarns hinauswagten, waren es Betriebe, die über eine größere Anzahl von Arbeitskräften verfügten, aber deren Zahl dennoch zwanzig selten überstieg. England war es hauptsächlich, das mit Wiener Lederwaren beliefert wurde, weniger Frankreich und auch Deutschland. Bald wurde auch viel nach Amerika und in letzter Zeit auch nach Ungarn geliefert. Im großen und ganzen lieferte aber der Großteil unserer Unternehmer für den Wiener Platz.

Daß Deutschland so wenig als Absatzgebiet für Wiener Lederwaren in Betracht kam, lag darin, daß in Deutschland, speziell in Offenbach am Main und in Berlin, sich die Lederwarenindustrie nicht nur rasch ausbreitete, sondern auch immer mehr verfeinerte und zugleich sich aller möglichen maschinellen Hilfsmittel bediente. Erinnern wir uns zum Beispiel an das Aussehen der Schärmaschine in Wien vor ungefähr zwanzig Jahren, die für die Wiener Leder-galanteriearbeiter eine Neuheit bedeutete und in Deutschland bereits jahrelang in Verwendung stand. Die Einführung der Schärmaschine war in Wien überhaupt nicht so leicht, denn es dauerte geraume Zeit, bis man zu diesem Ding soviel Vertrauen faßte, daß es sich allgemein durchsetzte. Heute wird fast nur mit der Schärmaschine gearbeitet.

Wenn wir also sagen, daß Wien einstmal die Schnitzkunst vieler Ausländer gewesen, so ist es heute umgekehrt. Von zureisenden fremden Kollegen wissen wir schon lange nichts mehr, dafür wandern jährlich viele Wiener Kollegen ins Ausland. Dieses Auswandern hatte aber bis zum Kriege für das Gewerbe nichts anderes zu bedeuten, als daß die auswandernden Kollegen die Welt kennen lernen wollten, um in der Regel nach einigen Jahren wieder nach Wien zu kommen. Auffallend jedoch ist die Keiselust unserer Kollegen in der jetzigen Zeit. So sind in einem Jahre nicht weniger als 56 Kollegen ausgewandert, die zu dieser Reise nicht Lust, sondern die kaurigen Wiener Erwerbs- und sonstigen Verhältnisse zwangen. An der Spitze des Reisezieles steht die Schweiz, nach der nicht weniger als 29 Kollegen, und Deutschland, wozu 8 Kollegen auswanderten. Aber auch nach der Tschechoslowakei, nach Italien, nach Norwegen, Numanien und Brasilien sind Kollegen ausgewandert, und zwar mit kontraktlichen Verbindlichkeiten. Das Auffälligste an all dem aber ist, daß verheiratete Kollegen bedorgt werden, was bedeuten soll, daß dieselben durch ihr Familienverhältnis an einem Orte fester gebunden werden als der ledige Arbeiter.

Wenn wir bedenken, daß der Krieg uns eine große Zahl von Kollegen raubte, viele Kollegen zu Krüppeln machte, so daß sie niemals mehr ihrem Berufe nachgehen können, daß wir eine stattliche Zahl junger Kollegen haben, die kaum freigesprochen in den Soldatenrod schlüpfen mußten und jetzt erst wieder lernen müssen, so müssen wir sagen, daß unsere Unternehmer und auch wir alles Interesse haben, unsere Kollegen festzuhalten. Das kann aber nur geschehen, wenn sie auch eine Existenzmöglichkeit in Wien haben. Können unsere Unternehmer diese nicht bieten, dann allerdings müssen selbst wir der Kollegenchaft zur Auswanderung raten.“

Aus anderen Organisationen.

Der Deutsche Textilarbeiterverband hielt Mitte Februar in Berlin eine Konferenz der in Färbereien und Wäschereien beschäftigten Personen ab. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind recht unterschiedliche und wurde auf die Zerissenheit in der Organisation dieser Arbeiterschichten zurückgeführt. Es wird nun ein einheitlicher Tarifvertrag angestrebt und lassen die bereits eingeleiteten Verhandlungen mit dem Schneider- und Fabrikarbeiterverband erkennen, daß die Grenzfreitigkeiten im Interesse der in Frage kommenden Arbeiterschaft bald gehoben sein werden.

Im Friseurgehilfenverband erfolgt eine Urabstimmung über Erhöhung der Verbandsbeiträge von 40, 60, 80 und 100 Pf. um je 20 Pf. wöchentlich, sowie auf Erhöhung der Streikunterstützung von 10 bis

22 Mk. auf 14 bis 36 Mk. und der Kinderzulage von 1 auf 2 Mk.

Zugleich nimmt der Verband der Fachvereine der Damenfriseur- und Perückenmachergehilfen eine Urabstimmung vor über seinen Anschluß an den Verband. Der Antrag kann auf Annahme rechnen, obgleich der Verein in Hannover auch jetzt noch nicht für die gewerkschaftliche Organisation zu haben ist. Auch der Oberösterreichische Bund der Friseurgehilfen hat seinen Anschluß an den Arbeitnehmerverband des Friseurgewerbes beschlossen. Die Einheitsorganisation im Friseurgewerbe ist damit erreicht.

Internationaler Metallarbeiterkongreß. Der Sekretär des Internationalen Metallarbeiterbundes, Genosse Alexander Schilde, beruft nach Einholung der Zustimmung der angeschlossenen Verbände den achten Internationalen Metallarbeiterkongreß zum 1. Juni 1920 nach Kopenhagen ein.

7½ Millionen Mitglieder. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, dem gegenwärtig 54 Verbände angehören, hat eine Mitgliederzahl von 7½ Millionen überschritten. Davon entfallen 1,6 Millionen auf den Metallarbeiterverband, 650 000 auf den Landarbeiterverband, 600 000 auf den Fabrikarbeiterverband, 540 000 auf den Transportarbeiterverband, 450 000 auf den Textilarbeiterverband, 430 430 auf den Bauarbeiterverband, 400 000 auf den Bergarbeiterverband, 400 000 auf den Eisenbahnerverband, 370 000 auf den Holzarbeiterverband, 367 000 auf den Angestelltenverband, 269 915 auf den Gemeinde- und Staatsarbeiterverband und 136 000 auf den Schneiderverband. Diese 12 Verbände umfassen mehr als 6,2 Millionen oder 83 Proz. aller Mitglieder des Bundes. Weitere zehn Verbände haben eine Mitgliederzahl von 50 000 überschritten, 11 Verbände haben zwischen 20 000 bis 50 000 Mitglieder, 7 Verbände über 10 000 bis 20 000, 12 Verbände über 1000 bis zu 10 000 Mitglieder und 2 Verbände über 1000 Mitglieder. Von der Gesamtzahl der Mitglieder gehören etwas über 5 Millionen zur Gruppe Industrie, Gewerbe und Bergbau, 917 000 zum Handel und Verkehr, 650 000 zur Landwirtschaft und Forstwirtschaft, 670 000 zu den Staats- und Gemeindebetrieben, 157 000 zur Gastwirtschaft, Musik und zu schauftellerischen Berufen, sowie 38 000 zur Gruppe Haushalt. Diese Zahlen sind ein Beweis dafür, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in allen den genannten Berufsgruppen die bedeutendste Vertretung der Arbeitnehmerschaft darstellt.

Heinrich Wentker gestorben. Der langjährige Hauptkassierer des Verbandes der Maler, Heinrich Wentker, ist am 27. Februar, 59 Jahre alt, plötzlich und unerwartet aus seiner Tätigkeit gerissen worden. In Heinrich Wentker verliert der Malerverband einen überaus tüchtigen und gewissenhaften Führer, der den ihm anvertrauten Posten 30 Jahre lang mit Sachkenntnis und großer Umsicht versah. Sein gereiftes Urteil wurde allgemein geschätzt. Seit Gründung der „Vollstufzorge“ gehört er deren Vorstand an und seit der Revolution ist er Mitglied der Hamburger Bürgerchaft. Ein tagliches Zusammentreffen ist es, daß Wentker am gleichen Tage verstarb, an dem sechs Jahre früher der damalige Vorsitzende des Malerverbandes, Töbler, auf gleich plötzliche Art verstarb, mit dem er nahezu 20 Jahre hindurch zusammen gewirkt hatte.

Korrespondenzen.

Berlin. In der am 2. März abgehaltenen Versammlung der Reiseartikel- und Portefeullesbranche referierte Genosse Max Siebers über das Betriebsrätegesetz. Er kam zu dem Schluß, daß vom sozialistischen Geist sehr wenig darin zu verspüren sei. Habe doch der Betriebsrat wenig Einfluß auf die Gestaltung der Produktion und dergleichen mehr, was zur Einführung des Sozialismus unerlässlich sei. Jeder Arbeiter müsse deshalb jetzt auf dem Posten sein, damit die wirkliche Macht in die Hände der Arbeiterschaft komme. — In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß man in der Beurteilung des Gesetzes mit dem Referenten übereinstimme. Nur ein Kollege verteidigte das Gesetz, fand jedoch bei der sehr gut besuchten Versammlung keinen Anklang. — Unter Branchenangelegenheiten beschäftigte man sich mit den kommenden Verhandlungen über die Erhöhung der Teuerungszuschläge. Infolge der ständig steigenden Teuerung ging man über die in der letzten Vertrauensmännerversammlung aufgestellten Sätze hinaus und beantragte die Erhöhung des Ortszuschlags und der Teuerungszuschläge. Diese Anträge wurden angenommen. Unter Verschiedenem wird bekanntgegeben, daß jeden Dienstag im Bureau von 5 bis 7 Uhr eine Unterkommission tagt, welche eingerichtet wurde, um Auskunft über Preisfallulationen zu geben und sonstige Differenzen aus den Betrieben entgegenzunehmen. Da die Agitationskommission in ihren Sitzungen ständig diese Dinge behandelte, dadurch des öfteren zu ihren eigentlichen Arbeiten gar nicht kam, mögen die Kollegen obige Mitteilung beachten.

Des weiteren möchten die Betriebe, wo noch keine Verbindung mit der Organisation besteht, diese durch Bekanntschaft einer Adresse im Bureau herstellen, selbst wenn nur ein bis zwei Mann dort beschäftigt sind.

Wohlfahrt (Westf.). Eine Versammlung der Angehörigen unseres Berufes fand hier am 4. März statt. Zahlreich waren die Kollegen und Kolleginnen, darunter auch einige Tapezierer, unserem Rufe gefolgt. Kollege Schneider-Barmen hatte das Referat übernommen. Er schilderte den Werdegang unseres Verbandes bis in die jetzige Zeit und die geführten Kämpfe zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses führte er den Anwesenden vor Augen. Scharf geißelte er das Verhalten des Vertreters des christlichen Lederarbeiterverbandes, Luß aus Essen, der in einer am Tage vorher abgehaltenen Versammlung die Kollegenschaft durch Vorlegung einer Resolution aufforderte, unsere Versammlung nicht zu besuchen. Anscheinend hatte der gute Mann Angst, daß die Kollegen in unserer Versammlung erfahren, wie einflußlos der Verband der „christlichen Lederarbeiter“ in unserem Berufe ist. Die Versammlung war aber vernünftiger als Luß und protestierte gegen die Resolution, so daß sie nicht zur Abstimmung kam. Sonderbar mutet es an, wenn sich diese Herren als diejenigen aufspielen, die unser ganzes Tarifwesen aufgebaut haben. Wer hat den Reichstaxi für das Lederausriistungsgewerbe geschaffen, wer den Reichstaxi für die Treibriemen- und Lederverwarendindustrie? In den letzten Jahren sind wir schließlich und friedlich miteinander ausgekommen; sollten sie aber ihre Methoden wie vor dem Kriege wieder einführen wollen, dann werden auch wir zum Tanze aufspielen.

In der Aussprache schilderten die Kollegen die bestehenden Verhältnisse, woraus zu entnehmen ist, daß hier fester gewerkschaftlicher Zusammenschluß besonders notwendig ist. Gewünscht wurde ferner, daß Wohlfahrt, eine Stadt mit circa 30.000 Einwohnern, in eine höhere Ortsklasse versetzt wird. W. ist durchweg Industriestadt und sind die wirtschaftlichen Verhältnisse für die Arbeiterklasse sehr ungünstig.

Der Aufforderung, dem Verbandsbeitritt, kamen eine Anzahl Anwesende nach, auch mehrere Kollegen, die anderen Gewerkschaften angehören, ihren Hebertritt an. Die Gründung einer Verwaltungsstelle wurde sofort vorgenommen und die Ortsverwaltung gewählt. Sie setzt sich zusammen aus 4 Kollegen und einer Kollegin. Zur Beitragsfrage wurde einstimmig beschlossen: Männliche Mitglieder zahlen die erste Beitragssklasse, weibliche 65 Pf. die Woche. Außerdem wurde beschlossen, pro Woche 25 Pf. Lokalbeitrag zu erheben, den jedes Mitglied zu entrichten hat.

Mit 23 Mitgliedern tritt die neue Verwaltungsstelle ins Leben und hoffen wir, daß die Mitgliederzahl bald steigen wird. Mit der Aufforderung, treu zum Verbands zu halten und die noch Fernstehenden heranzuführen, wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Solingen. Ueber den dortigen Kampf wird am 28. Februar in der Nr. 58 der Morgenausgabe der „Freiheit“ folgendes berichtet:

Der Metallarbeiterverband bezahlt am 16. Februar an seine 16.000 streikenden Mitglieder Unterstützung. Die Solinger Lokalorganisation der Schneidwarenarbeiter ist zur Unterstützung ihrer Streikenden, deren Zahl etwa 8000 beträgt, nur im alleräußersten Notfall in der Lage. 800 Portfeuille sind ohne Unterstützung. Die übrigen am Kampf beteiligten Verbände leisten geringe Unterstützung.

Wir haben der „Freiheit“ eine Verächtigung zugesandt, daß unser Verband nicht mit 800 Portfeuille in Frage kommt, sondern nur mit 320 Mitgliedern und daß diese Mitglieder ab 10. Februar nach den Sätzen unseres Statuts unterstützt werden. Seitens des Zentralvorstandes und Gauleitung haben die verschiedensten Bemühungen stattgefunden, die Fabrikanten zu bewegen, Verhandlungen aufzunehmen, leider mit negativem Erfolg. Voraussichtlich wird sich das Tarifamt mit diesem fortgesetzten Tarifbruch der Unternehmer beschäftigen.

Soziales.

Wo stehen wir in der Wohnungsfrage? Ein interessantes Gesamtbild über den gegenwärtigen Stand und die nächsten Aussichten in der Wohnungsfrage bot eine stark besuchte Tagung mit dem Thema „Wohnungsnot und Wohnungsbau“, die der Deutsche Wohnungsausschuß (Berlin-Schöneberg, Neue Steinmetzstraße 4) vor wenigen Tagen nach Berlin einberufen hatte und bei der auch die Ministerien des Reiches, von Preußen usw. zahlreich vertreten waren. Aus den einleitenden Vorträgen von Oberbaurat Thalenhorst-Bremen und Oberregierungsrat Dr. Ruch-Dresden und der an-

schließenden ausgiebigen Erörterung sind eine Anzahl Miteilungen und Gedanken als besonders bemerkenswert hervorzuheben. Im allgemeinen war das Bild, das da gezeichnet wurde, nichts weniger als rosig; denn durch die ungeheure Zahl von Echtschließungen, das Zurückströmen von deutschen Flüchtlingfamilien u. dergl. m. gewaltig gesteigerten Bedarf steht die durch die Kohlennot, die fast nicht mehr zu erscheinenden Baukosten usw. gegebene Unmöglichkeit, in größerem Umfange zu bauen, gegenüber. Vor allem gilt es, so wurde betont, für Bergarbeiterwohnungen zu sorgen, um die Kohlenförderung steigern zu können, und sodann auch die Ansiedlungen auf dem Lande zu fördern. Auch ein Zurückdrängen der Ueberflutung mit unerwünschten Zugutlern aus Galizien, Polen usw., durch die die Wohnungsnot noch erheblich verschärft wird, wurde dringend und unter starkem Beifall verlangt und dafür insbesondere die Internierung in Sammelagern empfohlen. Zur Ausbringung der Mittel für die Baukostenzuschüsse wurde fast allgemein dem Gedanken einer Auflage auf die jetzt noch verhältnismäßig billigen alten Wohnungen zugestimmt. Die Entwürfe dieser Auflage dürften aber keinesfalls in die allgemeine Reichskasse fließen, sondern seien unbedingt ausschließlich den Bedürfnissen des Wohnungs- und Siedlungswezens vorzubehalten. Die Gemeinden andererseits, so wurde ausgeführt, müßten, um die großen Lasten tragen zu können, aktive Wirtschaftspolitik treiben, d. h. sich durch Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmungen neue Erwerbsmöglichkeiten erschließen.

Der Unterstaatssekretär im Preussischen Wohlfahrtsministerium Scheidt erklärte die Steigerung der Baukosten in den Städten für so bedrohlich, daß sie die Gefahr eines fast völligen Erliegens der Neubautätigkeit in den Städten heraufschieße. Demgegenüber traten der Wille und die Entschlossenheit, die städtische und industrielle Bevölkerung auf dem Lande oder wenigstens in sehr viel ländlicheren Verhältnissen als bisher in Halbmergenstellen usw. anzusiedeln, in der Versammlung stark hervor, und zwar gerade auch bei den Vertretern der betroffenen Volksschichten selber. Das Bewußtsein, daß die Rettung unseres Volkes ganzenteils in der viel dichtereren Besiedlung des Landes und der viel fruchtbarer Ausnutzung des heimischen Bodens liege, zeigte sich stark verbreitet. Dabei wurde aus praktischer Erfahrungen heraus großer Wert darauf gelegt, dem künftigen Siedler schon sogleich am Anfang seine Siedlungsstelle zur Bewirtschaftung des Bodens zu überweisen, auch wenn am Bauen erst nach Jahren gedacht werden könne, ein Verfahren, das allerdings nicht überall, sondern nur unter gewissen günstigen Voraussetzungen möglich sein wird. Die Notwendigkeit für unser ganzes Volk, sich in Bezug auf das Wohnen sehr erheblich einzuschränken, andererseits aber auch die Notwendigkeit, für die Neubautätigkeit auf dem Wege der Selbsthilfe kräftig mitzuwirken, wurde sehr betont. Bei dem allen dürfen aber, so wurde mehrfach ausgeführt, einer großzügigen reformatorischen Neugestaltung der ganzen Verhältnisse die Wege nicht verlegt werden; auch wurden für eine solche Neugestaltung umfassende konkrete Pläne vorgelegt.

Rundschau.

Zur Hebung der Fleischversorgung. Der Zentralverband der Fleischer hat eine Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium gerichtet. In dieser wird der Nachweis geführt, daß unsere Fleischversorgung auf eine bessere Grundlage gestellt werden kann, wenn die Erfassung der vorhandenen Viehbestände durchgeführt wird. Unsere Landwirtschaft erzeugt gegenwärtig im Jahre über 600.000 Tonnen Fleisch, ohne die Menge, die die Erzeuger als Selbstversorger für sich brauchen. Funktionierte die Erfassung unserer Viehbestände auch nur einigermaßen, dann könnte ohne jede Einfuhr aus dem Auslande allgemein ein halbes Pfund Fleisch auf den Kopf und die Woche verteilt werden.

Gegenwärtig kommt eine Wochenration von 100 bis 250 Gramm zur Verteilung. Dazu muß aber die Reichsfleischstelle monatlich 30.000 Tonnen einführen, weil die Erfassung so jämmerlich verjagt. Der Betrag von 1/2 Million Mark, der für die eingeführten 80.000 Tonnen Fleisch ausgegeben wird, würde bei ordentlicher Erfassung frei. Dafür könnten alsdann Futtermittel aus dem Auslande eingeführt werden. Auf diese Weise könnte sich der deutsche Viehstand in kurzer Zeit so weit heben, daß pro Kopf und Woche ein Pfund Fleisch zur Verteilung gebracht werden könnte.

Um die Erfassung der Viehbestände reiflos vornehmen zu können, wird gefordert, die genossenschaftliche Organisation der Erzeuger zu begünstigen. Durch Abschluß von Lieferungsverträgen sollen die Städte mit den Erzeugergenossenschaften in unmittelbare Beziehungen treten, um der Großstadtbevölkerung unter Ausschaltung aller Zwischeninstanzen das Fleisch so billig wie möglich liefern zu können. Eine der Zeit entsprechende Preisbildung

müsse Hand in Hand gehen, um die Landwirte zur Ablieferung der im voraus festgesetzten Menge von Schlachtvieh zu veranlassen. Nach der Aufstellung des Zentralverbandes der Fleischer könnten im Jahre erzielt werden: 3.351.982 Schweine, 1.445.291 Schafe, 2.800.000 Kälber, 2.463.575 Rinder. In den Monaten Januar-September 1919 kamen aber nur 577.137 Stück Schweine auf den öffentlichen Schlachthöfen zur Abblachtung.

Die vermehrte Erfassung soll neben der besseren Fleischversorgung der Bevölkerung den Fleischergesellen auch vermehrte Arbeit bringen.

Kommunale Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Fleischergewerbe. Nach einer Aufstellung für das Reichsstatistische Amt betrug die Zahl der arbeitslosen Fleischergesellen am Schluß des Monats Januar 1926. Bei einer Mitgliederzahl von 24.786 sind also rund 25 Proz. Arbeitslose vorhanden. Der Verband der Fleischer sieht sich infolge der großen Arbeitslosigkeit gezwungen, mit einer Eingabe an die Gemeindeverwaltungen heranzutreten, um diese zur Verringerung der Arbeitslosigkeit zu veranlassen. Die außerordentliche Notlage, in der sich ein großer Teil der Fleischergesellen infolge monatelanger Arbeitslosigkeit befindet, zwingt die Berufsorganisation zu außergewöhnlichen Maßnahmen.

Es wird den Kommunalverwaltungen der Vorschlag gemacht, die Fleischermeister zu veranlassen, bei einem gewissen Fleischumsatz einen Besellen zu beschäftigen. Gleichzeitig soll auf eine Erhöhung der wöchentlichen Fleischration hingearbeitet werden. Entsprechende Vorschläge werden vom Fleischerverband gemacht.

Sollen die Gesellen nicht auf die schiefe Bahn gedrängt werden, so ist dringend erforderlich, daß einschneidende Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergriffen werden. Zu keinem Berufe machen sich die Folgen der Kriegswirtschaft so schwer bemerkbar wie im Fleischergewerbe. Die weitere Aufrechterhaltung der Fleischbewirtschaftung ist zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung noch weiter notwendig. Ebenso dringend ist aber eine Hilfsaktion für die arbeitslosen Fleischergesellen, wie sie den Gemeindeverwaltungen vom Zentralverband der Fleischer vorgeschlagen wurde. In Sachsen wie in einer Reihe anderer Städte sind bereits eine größere Anzahl Gesellen auf der vorgeschlagenen Grundlage in Arbeit gebracht worden.

Wer hilft sozialisieren? Wenn es hoch kommt, gehören heute 3 Millionen Familien in Deutschland den Konsumvereinen an. Höchstens der fünfte Teil der Arbeiterfamilien hat die Mitgliedschaft erworben. Alle anderen tragen den letzten Pfennig dem Privatkapitalisten ins Haus, füllen dessen Taschen und befähigen ihn, seine Waren aus Betrieben zu beziehen, deren Ertrag nach kapitalistischen Methoden Kapitalisten zufließt, die ihn mühelos einfaden! Seit Deutschland Republik geworden ist und eine demokratische Verfassung die persönliche Freiheit des Staatsbürgers sichert, besteht nicht der schwächste Grund mehr für das Fernhalten von der sozialistischen Bedarfsdeckung durch die genossenschaftliche Organisation. Warum sehen die Massen nicht ihren Wunsch, zu sozialisieren, wenigstens dort in die Wirklichkeit um, wo ihnen ungehindert Möglichkeit geboten ist? Warum strömen nicht die unbemittelten Volksgenossen in hellen Haufen in die fast überall bestehenden Konsumvereine? Warum wird so viel geredet und so wenig gehandelt?

Wer eine neue Wirtschaftsordnung schaffen will, muß sie aufbauen von unten auf. Sie läßt sich nicht beschließen, noch verordnen, sie will organisch auf breiter Grundlage entwickelt sein. Die Genossenschaft bietet eine solche Grundlage. Man stelle sich nur auf diesen festen, sicheren Boden und beginne zu bauen, statt sich in Plänen zu erschöpfen, deren Durchführbarkeit noch in weitem Felde liegt. Man knüpfe getrost und unbedorfen an das Vorhandene an, erweitere und erganze es in rastloser, zielbewusster und vorsichtig berechnender Art — und man wird gar bald sehen, daß freiwillig-gemeinsames Wirken Dinge zu vollbringen vermag, die uns kein noch so starker Zwang je schaffen wird.

Reichswirtschaftsamt und Verbraucher. Es nützt nichts, die Augen vor der Tatsache zu verschließen, daß Kräfte am Werke sind, die Verbrauchervertreter aus allen für die künftige Gestaltung des deutschen Wirtschaftslebens bedeutungsvollen Körperschaften fernzuhalten oder zu verdrängen. Die Produzenten bemühen sich, den Verbrauchern ihre durchaus unzulängliche Vertretung im provisorischen Reichswirtschaftsrat unter der fadenheimlichen Begründung zu rauben. Ursprünglich hatte man in dem auf 160 Mitglieder berechneten Wirtschaftsrate den Verbrauchern zu deren man auch die Gemeinden und den Kriegsausgleich für Konsumenteninteressen zählen zu dürfen glaubt, 20 Vertreter zugestanden, von denen ganze je 5 den genossenschaftlichen Organisationen entnommen werden sollten. Später erhöhte man die Gesamtzahl auf 200, wovon

die Erzeuger Vorteil hatten. Man bestand aber auf Beibehaltung der Verbrauchervertretung. Die guten Gründe für diese Forderung waren der Begründung des vom Reichswirtschaftsministerium vorgelegten Entwurfs zur Errichtung des provisorischen Reichswirtschaftsrats zu entnehmen. Hier war gesagt, daß das Interesse des letzten Verbrauchers durch die als Produzenten herangezogenen Bevölkerungsteile nicht genügend gewahrt werde, da erfahrungsgemäß beim Widerstreit der Interessen auch die Arbeiterschaft zum Produzentenstandpunkt neigt und die Gefahr besteht, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich auf Kosten der Konsumenten verständigen.

Die schwache Hoffnung, daß gegenüber dem steten Drängen der Erzeugerfreise, den Einfluß der Verbraucher auf den Wirtschaftsrat noch zu vermin-

bern, die Gewerkschaften, deren Mitglieder doch genau so sehr Verbraucher- wie Erzeugerinteressen hegen und in ersteren heute am ehesten und schwersten benachteiligt werden können, es ablehnen würden, auf Kosten der mehr als bescheidenen Verbrauchervertretung den Industriellen einen stärkeren Einfluß zuzuschancen, ist nicht in Erfüllung gegangen. Ein Mitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich bereitgefunden, eine Eingabe an die Nationalversammlung mit zu unterzeichnen, in der mit dürren Worten der Ausschluß der Verbraucher aus dem Reichswirtschaftsrat gerechtfertigt und empfohlen wird. Nach der Verfassung sei der Reichswirtschaftsrat so zu gestalten, daß alle wichtigen Berufsgruppen entsprechend ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung vertreten sind. Daraus ergebe sich, daß für eine Vertretung der Verbraucherschaft bei

strenger Durchführung dieses Grundsatzes ein Platz in dem Reichswirtschaftsrat und damit auch in dem vorbereitenden Reichswirtschaftsrat nicht vorhanden sei. Wolle man der Verbraucherschaft, ausgehend von Erwägungen anderer Art, überhaupt eine Vertretung einräumen, dann müsse sie auf ein angemessenes Maß beschränkt bleiben. Das Verhältnis von 10 Proz., das ihr nach dem Regierungsentwurfe zu der Gesamtzahl der Mitglieder des vorbereitenden Reichswirtschaftsrats eingeräumt sei, scheine über das Erforderliche hinauszugehen.

Also: Der Konsument existiert für die deutsche Volkswirtschaft künftig nur noch als Objekt, abhängig von der Gnade der Produzenten, unter denen aus vielerlei Gründen noch auf unabsehbare Zeit das Kapitalinteresse entscheidenden Einfluß ausübt.

Sterbetafel.

Berlin. Albert Kruschke, 53 Jahre alt, Militärbranche.

— Paul Lüth, 34 Jahre alt, Wagenbranche.
Essen-Ruhr. Bunte, Wilhelm, taubstumm, 30 Jahre alt, einem Revolverattentat zum Opfer gefallen.

Gleiwitz. Helmuth Langner.

Ehre ihrem Andenken.

Schnallen

verzinkt und schwarz lackiert, ca. 300 000, ca. 30 mm innen, mit angenähertem Papier- bzw. Hanfgurt von 5 bis 20 cm Länge, pro tausend Stück 60 Mk. exkl. Verpackung ab Lager Berlin sofort lieferbar.

Berlin C. 2 Fromm & Köhl Brüderstr. 13.

Spezialist auf Maulbügeltaschen

sucht per sofort

Karl Hoß, Zuffenhausen b. Stuttgart.

Erfahrener tüchtiger Fachmann

der Portefeuller- und Sattlerbranche,

der imstande ist, einen Betrieb neu einzurichten, in dem neben echten Ledertwaren auch gute Stapelartikel aus Ersatzstoffen fabriziert werden, gegen hohes Gehalt und Lantieme gesucht. Reflektiert wird nur auf allererste Kraft, die derartigen Posten nachweislich längere Zeit innegehabt hat und sämtliche Einkaufsquellen und Absatzgebiete kennen. Ausführliche Offerten mit Referenzen unter N. 706 Ann.-Exp. Frommhold & Kerschmar, Leipzig.

Lederarbeiter

auf rundgezogene und abgefitterte Trefers suchen
S. Brenner, Berlin, Alexandrinenstraße 135/136.

Zwei tüchtige

Selbständige Portefeuller

für Damentaschen und Reparaturen gesucht.
Hoher Lohn zugesichert.

Hd. Borsberger, Düsseldorf, Baitlanstr. 8.

Tüchtige Lederarbeiter

auf photographische Apparate sucht zum sofortigen Eintritt bei dauernder Beschäftigung und hohem Verdienst

Optische Anstalt C. P. Goerz, Aktiengesellschaft

Berlin-Friedenau, Rheinstraße 45/46.

Persönliche oder schriftliche Meldungen sind an die Hauptbetriebsleitung zu richten.

Luxus-Karosserie-Abteilung

zum sofortigen oder späteren Eintritt

tüchtige selbständige

Wagensattler

bei sehr guter Bezahlung. Wohngelegenheit für ledige und Verheiratete ist vorhanden. Reise- und Umzugskosten werden nach Uebereinkunft zurückerstattet.

Daimler-Motoren-Gesellschaft.

Werk Sindelfingen.

Tüchtige erstklassige Lederarbeiter

auf bessere Couvert- und gepaspelte Damentaschen finden bei hohen Akkordlöhnen dauernde Beschäftigung.

J. Kober, Berlin, Ritterstr. 86.

Betriebsleiter

1. Kraft, erfahren in sämtlichen Arbeiten der besseren Portefeuller- und Kofferindustrie, gegen hohes Gehalt, per sofort gesucht. Ferner werden gesucht ca. 20 bis 25 tüchtige

Portefeuller- u. Kofferarbeiter

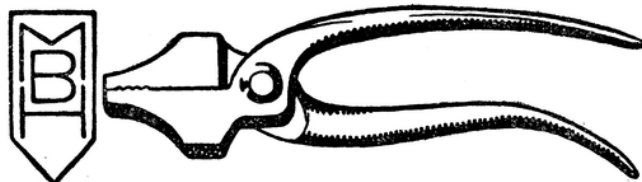
gegen höchsten Lohn. Offerten sind zu richten unter 029 an die Annoncen-Expedition der Mächener Lese-Gesellschaft.

Wir suchen für unsere Abteilung Maulbügeltaschen

1 perfekten Sattler oder Täschner

der gegebenenfalls dieser Abteilung vorstehen kann. Angebote mit Zeugnisabschriften und Lohnforderung erbeten an

Engelhardt & Co., Lederwarenfabrik, Münster i. W., Wilhelmstr. 52.



Max Brucklacher
Hamburg I
Werkzeuge Stahlwaren
Engros